

# Halbescheider Zeitung

(Halbescheider Tageblatt)

Organ der Sozialdemokratischen Partei für den Stadt- und Landkreis Wernigerode  
Publikationsorgan der freien Gewerkschaften

**Wagnerspreis** halbjährlich 1 Mark einschließlich Bringen, bei Selbstabholung 30 Pfennig. Einmalig halbjährlich 1 Mark 50 Pfennig. Bestellungen werden in der Geschäftsstelle, von unseren Boten und Agenturen entgegengenommen. Redaktion: Halbescheider, Domplatz 48. Fernruf 2314. Verlag: Halbescheider Zeitung, Paul Weber, O. m. b. H. Verantwortl. für Inhalt: Schriftführer Arthur Wolfenbüttel, für den lokalen Teil Wilhelm Rindermann, für Redakteur: Interimist Karl Zeffel, sämtl. in Halbescheide.

**Wagnerspreis** die achtzehntägige Kolonialbeilage über deren Namen für Angelegenheiten aus Stadt- und Landkreis Wernigerode 15 Pfennig, auswärts 20 Pfennig. Redaktionsbeilage 40 Pfennig, auswärts 50 Pfennig. Abgabensatz für die Zeitungsbesitzer liegt bei 10 Pfennig. Für die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und an bestimmten Stellen kann eine Gebühr nicht übernommen werden. Anzeigenannahme in der Geschäftsstelle Halbescheide, Domplatz 48 (Fernruf Nr. 2313), Schriftführer Wolfgang 4026 und Volksbuchhandlung (Steigerwald) Wernigerode, Burgstraße 30.

Nr. 7

Dienstag, den 21. Oktober 1930

Abteilung

## Unsere Taktik.

Warum die Sozialdemokratie im Reichstage so und nicht anders abstimmte.

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion schreibt uns:

Die sozialdemokratische Fraktion des neuen Reichstages hatte in ihrer Sitzung vom 3. Oktober 1930 die Richtlinien für ihre politische Arbeit formuliert. Es wurde darin festgelegt, daß die Demokratie von allen sozial-reaktionären Kreisen bedroht ist, die die Wirtschaftspolitik zum Abbau der Sozialpolitik und zur Enttarnung der Arbeiterbewegung wollen. Die Demokratie ist aber auch bedroht durch die fortschreitende Bewegung der Nationalsozialisten und durch die kommunistische Partei, die selbst in dieser gegenrevolutionären Situation die Arbeiterklasse isoliert und den Kampf gegen die Sozialreaktion und Faschismus erschwert. Die Sozialdemokratie kämpft für die Demokratie, um die Sozialpolitik zu schützen und die Lebenshaltung der Arbeiterklasse zu heben.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion, so wird in der Entschließung betont, ist „entschlossen, die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Interessen der Arbeiterklasse mit größter Energie zu verteidigen, wird auf dem Wege der ordentlichen Gesetzgebung die Befreiung der für die breiten Massen des Volkes unerträglichen Bestimmungen der Notverordnung fordern und ermahnt von allen Arbeiterorganisationen stärkste Aktivität für die schärfsten bevorstehenden Kämpfe und die Bereitschaft, ihren Kampf außerhalb des Parlamentes mit allen geeigneten Mitteln zu unterstützen.“

Mit dieser Entschließung hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion zum Ausdruck gebracht, daß sie sich das Vorgehen des Reichstages nicht den Gegnern der arbeitenden Klassen vorzuziehen läßt, sondern den Weg zu gehen entschlossen ist, den das Interesse des arbeitenden Volkes erfordert. Sie hat durch die Annahme des Schuldenentlastungsgesetzes die Aufnahme eines Auslandskredits von 500 Millionen Mark ermöglicht und damit die Auszahlung der sozialen Unterfertigungen der Beamtengehälter und der Arbeiterlöhne gesichert. Sie hat der Überwindung der in der reichstagslosen Zeit erlassenen Notverordnungen zur Beratung im Haushaltsausschuß zugestimmt. Sie hat die Entlassung der Regierung über ihr Programm zur Kenntnis genommen und ist über die von Nationalsozialisten, Kommunisten, Deutschnationalen und Landvolkslisten gebrachten Mißtrauensanträge gegen die Regierung Brüning oder einzelne Minister dieser Regierung zur Tagesordnung übergegangen. Die Fraktion hat sich bei dieser tätigen Stellungnahme die keine Vertrauensunterbrechung für die Regierung in sich schließt, von folgenden Ermäßigungen leiten lassen:

### Die Mehrheitsverhältnisse im neuen Reichstag.

Die Wahl vom 14. September hat die Mehrheitsverhältnisse im Reichstag vollkommen verändert. Am alten Reichstag hatte die sozialdemokratische Fraktion 152 Mandate bei einer Gesamtzahl von 491 Mandaten. Sie bildete also fast ein Drittel des Reichstages. 21 Mandate lang regierte die „große Koalition“, die mit rund 300 Mandaten eine sichere Mehrheit hinter sich hatte. Die Sozialdemokratie war allerdings auch im Kabinett der „großen Koalition“ in der Minderheit gegenüber den bürgerlichen Parteien. Am neuen Reichstag besteht diese Mehrheitsverhältnisse nicht mehr. Die sozialdemokratische Fraktion bildet jetzt nur ein Viertel des Reichstages. Nationalsozialisten, Kommunisten und Deutschnationale, die an Stelle der demokratischen Verfassung irgend eine Diktatur setzen wollen, stellen allein 225 unter 577 Abgeordneten; zu ihnen muß man aber noch mehrere kleinere Reichstagsgruppen zählen, deren Verfassungstreue außer Zweifel steht.

Eine sozialdemokratische Minderheitsregierung scheidet von vornherein aus jeder Diskussion aus. Aber auch das Kabinett Brüning hat keine Mehrheit in diesem Reichstag. Es kann keine Tagung stattfinden, die Frage ist also nicht, ob das gegenwärtige amtierende Kabinett, sondern wann es gelöst werden soll. Für die Sozialdemokratie ergibt sich aus Antwort auf diese Frage, daß die Zustimmung zu dem Antrag, über die von den verfassungseindlichen Parteien gestellten Mißtrauensanträge zur Tagesordnung überzugehen, keine Vertrauensunterbrechung für das Kabinett Brüning bedeutet.

### Nach einem sofortigen Sturz des Kabinetts Brüning.

Wenn mit Hilfe der sozialdemokratischen Fraktion die Mißtrauensanträge gegen das Kabinett Brüning angenommen worden wären, so hätte sich folgende Situation ergeben: 1. Rücktritt des Kabinetts Brüning. 2. Die sozialdemokratische Fraktion würde die Wahl zum Reichspräsidenten Hindenburg zur Bekämpfung der Regierungsgeschäfte. Da dieses geschäftsführende Kabinett keine parlamentarische Mehrheit für seine Maßnahmen findet und eine erneute Auflösung von keiner Seite befürchtet wird, weil sie so bald nach der letzten Wahl noch keine Verbesserung der Lage zu erwarten hat, so mußte es gegen

den Reichstag regieren. Das bedeutet, daß sich eine solche Regierung nur unter Ausschaltung des Reichstages im Amt halten könnte. Der Diktator-Artikel 48 der Reichsverfassung würde dann dauernd auf alle Gebiete des wirtschaftlichen, sozialpolitischen und staatsbürgerlichen Lebens angewendet werden. Nicht nur der Reichstag, sondern auch jeder einzelne Staatsbürger würde seine durch die Verfassung garantierten Rechte verlieren. Wenn sie widergenommen werden könnten, ist ganz ungewiß.

2. An die Stelle des Kabinetts Brüning tritt ein vom Reichspräsidenten ernanntes Beamtenkabinett, das gleichfalls nur mit Hilfe des Diktator-Artikels regieren könnte. Die Folgen für das Volk wären die gleichen, wie sie oben aufgezählt worden sind.

3. Aufruf an den deutschnationalen Parteiführer Jüngerberg zur Bildung einer Wechselseitigen Regierung mit dem Nationalsozialisten. Diese Regierung wäre nur eine verschleierte Hitler-Regierung. Da auch die Reichsparlamenten keine parlamentarische Mehrheit haben, könnte sich eine solche Regierung nur halten, wenn sie vom Zentrum toleriert wird. Die Nationalsozialisten wollen aber gar nicht parlamentarisch regieren. Sie wollen sich als Machtmittel des Reiches benachteiligen, vor allem die Reichswehr und die Polizei unter ihr Kommando stellen und die maßgebenden Beamtenstellungen mit ihren Angehörigen besetzen.

Eine verschleierte oder gar unverschleierte Hitler-Regierung hat die vollständige Ausschaltung des Reichstages und darüber hinaus die Zerstückelung aller demokratischen Rechte des Volkes zum Ziel.

## Fünf Tage Reichstag.

Von Paul Löbe

Als am Morgen des 15. September die Resultate der Wahlen in ihren wichtigsten Umfassen bekannt waren, überzog mich der pessimistische Irrsinn im Lande der Eindringlichkeit. Dieser Reichstag wird überhaupt nicht zu ordnungsmäßiger Arbeit kommen, sondern wird die Dauer verhandlungsmäßig sein. Zwei starke Fraktionen, die das Parlament selbst betreffen und verächtlich machen wollen in seinem eigenen Schoße, dazu weitere Parteigruppen, die dieses Spiel mit unvorhersehbarer Freude betrachten, ja begünstigen, — das Todesurteil ist gesprochen: auch dieser Reichstag zu seiner ersten Sitzung zusammentritt! Selbst die Optimisten trösteten sich nur mit dem Spruch, daß es „ganz so schlimm“ nicht werden würde. Es ist nicht ganz so schlimm geworden, aber gerade schlimm genug. Die Arbeit des Reichstages konnte nicht lahmgelegt werden, aber sie wurde unter äußeren Umständen und Szenen verrichtet, die nichts weniger als „Wunder“ setzten, um einen Ausdruck des Herrn Reichspräsidenten beim Empfang des Präsidiums zu gebrauchen. Wandmalereien sind wirklich so weit zu sein, daß die Verhandlungen unter der Hut unparlamentarischer Kundgebungen unterbrochen werden müßten.

Schon die Umstellung des Parlamentsgebäudes — mit starken Polizeikräften war eine ebenso ungewöhnliche, wie unerwünschte, aber leider notwendige Vorkehrungsmaßnahme. Sie hing zusammen mit dem ihm voraus angekündigten Uniformemarsch der Nationalsozialisten, der loslos Reugierige wie Sympathisier der Braunhemden in großer Zahl herangerufen hatte, die durch laute Kundgebungen die Polizei zum Einschreiten zwangen. Oder hätte diese warten sollen, bis auch im Hause der Volksvertretung die Speichen eingestochen werden? Aus der Mitte des Reichstages ist sofort nach meiner Wahl die Frage an mich gestellt worden, ob das Geschehen in Uniform überhaupt geduldet werden sollte. Aber es ist kein Zweifel, daß diese Uniformierung im höchsten Maße unerwünscht ist. Sie stellt schon im voraus das Parlament in feindselige Armeelager, und das muß unerträglich werden, wenn das Beispiel von anderen Gruppen nachgeahmt wird.

Der Sinn der Parlamentsarbeit ist es doch schließlich, in erster Linie Gründe gegen Gründe, Vorgezogene gegen Überzogene zu setzen, sie vor dem Hause darzulegen und dann Entscheidungen zu fällen. Schon die äußerlich sichtbare Abgrenzung erschwert es, sie läßt mindestens den Anschein zu, daß der eine Teil bald hier bald drüben verliert; daß will Gründe gar nicht hören, ist hin fertig, egal der Gegner beginnt. Ganz abgesehen von der gelegentlichen Gefahr der Zusammenstoß, die sich aus solchen uniformierten Gruppen im Zusammenstoß, die sich aus solchen eigentlichen parlamentarische Auseinandersetzungen wird aber auch durch den Umfang, den Zurufen und Demonstrationen während der Debatte erreicht haben, auch äußerlich gefährdet. Das minutenlange Handklatschen, früher nicht üblich, die Sprechweise, die maliziösen Scherze und organisierten Störungen, ganz gleich von welcher Seite sie kommen, sind mit dem Reichstag der freien Aussprache nicht vereinbar, sie hindern den Redner, geordnete Gedankensänge vorzutragen.

Störungen dieser Art wurden im vergangenen Reichstage zur Zeit von den Kommunisten geübt, die ja auch das Uniformtragen

Die Folge einer Jüngerberg-Hilfer-Regierung wäre nicht etwa eine Enttarnung der nationalsozialistischen Demagogie und auch nicht die Zerstückelung der Nationalsozialistischen Partei. Eine Hilfer-Regierung würde sich die Wiederholung des italienischen Beispiels zum Ziel setzen, also Zerstörung aller Organisationen der Arbeiterklasse, dauernder militärischer Besatzungszone, Aufhebung aller Presse-, Versammlungs- und sonstigen politischen Freiheiten, ständige Gefahr des Bürgerkrieges im Innern und des Revolutionskrieges nach außen. Damit wäre auch der wirtschaftliche Zusammenbruch Deutschlands und das Ende einer selbständigen deutschen Nation verbunden, mit all seinen furchtbaren Folgen für das arbeitende Volk.

### Die Wirkung auf Preußen.

Wenn die sozialdemokratische Fraktion im gegenwärtigen Reichstag die Nationalsozialisten und den Kommunismus geboten hätte, das Kabinett Brüning zu beistimmen, und somit an seine Stelle eine reaktionäre Beamten- oder eine Hilfer-Regierung zu setzen, so hätte das den sofortigen Zusammenbruch der Preußenreaktion nach sich gezogen. In Preußen, dem größten der deutschen Länder, sind die Leiter des Ministerpräsidenten, des Innenministers und des Kultusministers mit Sozialdemokraten besetzt. Schon wiederholt konnte der Ansturm der Rechten auf die republikanisch-demokratische Verfassung des Reiches nur durch die feste Haltung der Regierung in Preußen abgewehrt werden. Das müssen die Nationalsozialisten recht gut und deshalb fordern sie nicht nur ihren Anteil an der Regierung

hier und da vereinzelt eingeführt haben. Kommunistische Redner triffen in ähnlicher Weise andere Parteien an, oft über die Grenze des parlamentarischen Erlaubten, legen aber sofort mit Sturmzügen ein, wenn einer der Angegriffenen antworten wollte, so daß schon deshalb oft auf die Antwort verzichtet wurde. Was damals eine vereinzelt geäußerte Meinung war, droht jetzt regelmäßig wiederzufallen und richtet sich bei der letzten Sitzungsperiode der Parteien gerade gegen diejenigen, die es früher allein ausübten. Der erste Sturm richtete sich gegen Herrn Dr. Frick, als er in der ersten Sitzung unter dem Alterspräsidenten das Wort ergriff. Der zweite aber kam dann gegen Herrn Forster bei der Reichstagswahl im Abgeordnetenhaus. Was die Kommunisten früher selbst praktizierten, machte jetzt ihrem eigenen Sprecher das Weiterreden unmöglich. Schließlich griff diese Methode der Verletzung auch auf andere Parteien über. Am letzten Tage wurde es gegen den sozialdemokratischen Redner, Abgeordneten Dr. Hoegner, geübt, worauf sich die Sozialdemokraten bei der Rede des Herrn v. Reventlow zu veranlassen mußten. Beide Redner hatten die Behauptung zum Empfang ausländischer Gelder für den politischen Gegner aufgestellt. Solche Behauptungen können nicht erwidert, aber nicht durch Schreien aus der Welt geschafft werden. Zur Widerlegung aber ist eine geordnete Debatte und ruhiges Anhören nötig. Wenn schon das Anhören unerträglich erscheint, der muß sich dem durch Abwesenheit entziehen. Er darf aber den Redner nicht hindern, sondern muß es dem Präsidenten überlassen, eingreifen zu lassen, falls die parlamentarischen Grenzen überschritten werden.

Es ist ja überhaupt ein charakteristisches Zeichen dieses Reichstages, daß Unruhen, wie sie früher von den Kommunisten geübt wurden, ihnen jetzt von einer härteren Fraktion heimgekehrt werden, zugleich ist es aber ein Beweis, daß diese Störungen nicht geduldet, sondern unter allen Umständen unterbunden werden müssen. Sprechweise, Gefangensverurteilungen, Schimpfungen, Scherze, die das Parlament, seine Aufgabe zu erfüllen und niemand kann sich über Vertagungen beklagen, wenn er sich vorher selbst bemüht hat, das Parlament arbeitsfähig zu machen.

Es ist trotz aller dieser Störungen, trotz aller finsternen Prophezeiungen gelungen, die Wahllegung des Reichstages zu verbinden. Er hat die ihm zunächst gestellten Fragen in ordentlichen Abstimmungen erledigt, wenn auch unter diesen Hindernissen und bei Einwirkung aller Veranlassungen, die überhaupt möglich war. Mehrfach haben die Führer der obstruierenden Parteien selbst versucht, ihre unabhängige Gefolgschaft zur Ruhe zu bringen. Herr Straßer sprach in der letzten Reichstagsbesitzungsperiode die unbegründete Behauptung aus, der Reichstag werde nicht am 3. Dezember, er werde überhaupt nicht mehr zusammenkommen. Das ist ein solches Behauptungen liegt keine Veranlassung vor. Solange der Reichstag sich nicht selbst umbringt, wird er zusammenkommen, wird er seine Existenz lassen, wird er seine Rechte wahrnehmen können. Dafür zu sorgen ist meine Aufgabe und Pflicht. Eine andere Entwidlung könnten die Dinge nur nehmen, wenn diejenigen die Volksvertretung zur Arbeit unfähig machen, die am meisten von den Rechten des Volkes reden. So nehme ich, daß die Mehrheit stark genug und gewillt ist, das zu verhindern, was sie in den ersten fünf Tagen dieses Reichstages verhindert hat.

im Reich, sondern zugleich auch die Verschärfung der jetzigen Regierung in Preußen. Im Reich verlangen sie das Reichswehrministerium, in Preußen das Innenministerium und dazu das Polizeipräsidentium in Berlin, der Hauptstadt des Reiches. Mit anderen Worten, sie wollen sämtliche militärischen und politischen Kräfte in ihre Hand bekommen, um an die Stelle der demokratischen Selbstbestimmung des Volkes eine brutale Gewalt Herrschaft von oben zu setzen. Preußen soll wieder, wie vor dem Kriege, der Ort der Reaktion für das ganze Reich sein.

### Der Kampf gegen die Notverordnungen.

Die von der Regierung Brining nach der Auflösung des Reichstages erlassenen Notverordnungen enthalten nicht nur einige sozialpolitische Verschärfungen, wie die Einführung einer Streikverbotsgesetzgebung und die Einengung der Rentenerforderung; es befinden sich darin auch die Steuerzuschläge auf Einkommen über 8000 M. und außerdem der gesamte Haushalt für das laufende Rechnungsjahr.

Die vorbehaltslose und sofortige Aushebung der Notverordnungen würde also einen Zusammenbruch der gesamten öffentlichen Finanzwirtschaft zur Folge haben. Darüber hinaus müßte sie auch zu einer erheblichen Verschärfung der Arbeitslosenunterstützung führen, denn durch die Notverordnungen sind die Beitragsverpflichtungen in Kraft getreten, ohne die jetzigen Unterstützungsätze nicht aufrecht zu erhalten sind.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion handelt also im Interesse der Arbeiterklasse, wenn sie die sofortige Aushebung der Notverordnungen ablehnt und die Überweisung an einen Ausschuss zustimmt. In diesem wird sie den Kampf um die Befreiung der arbeitereindringenden Bestimmungen der Notverordnungen führen, sie wird weiter dafür kämpfen, daß die Bestimmungen der Arbeitslosenversicherung ohne Verschärfung der Arbeiterklasse gesichert sind.

Auch die Kommunisten haben grundsätzlich nicht die Aushebung der gesamten Notverordnungen verlangt, sondern nur einzelner Teile davon. In ihrem Antrag an den Reichstag sprechen sie mit einem Wort von dem Reichshaushalt, sie geben also zu, daß eine geordnete Finanzwirtschaft gesichert werden muß und das bedeutet nichts anderes, als daß auch die mit der Beratung der Notverordnungen in den Ausschüssen einverstanden sind und der Überleitung ihres Inhalts in gesetzliche Formen zustimmen. Damit wird die Haltung der sozialdemokratischen Fraktion auch von dieser Seite her trotz allem Gehirns fastlich gerechtfertigt.

### Die Mißtrauensanträge.

Die sozialdemokratische Fraktion hat mit der Front gegen das Kabinett Brining geführt. Sie steht auch jetzt in entschiedenster Gemessenheit gegen diese Regierung. Trotzdem hat sie keinen Mißtrauensantrag gegen das Kabinett Brining eingebracht, sie hat auch die von Nationalsozialisten, Kommunisten und anderen Parteigruppen eingebrachten Mißtrauensanträge abgelehnt. Diese Ablehnung bedeutet aber nicht, daß die sozialdemokratische Fraktion die sozialdemokratischen Reichstagsfraktion besagt nichts anderes, als daß sie sich zum Zeitpunkt bestimmen wird, an dem sie zum Angriff gegen das Kabinett Brining vorgeht. Eine solche Latenz ist in Händen mit gesetzlicher parlamentarischer Demokratie verfassung eine Selbstverständlichkeit. So sieht in England der Arbeiterregierung der Arbeiterpartei eine Mehrheit der konservativen und liberalen Partei gegenüber. Die Mehrheit hätte schon umfängliche Male das Arbeiterkabinett abgedroht, hätte Kabinett. Wenn sie das bisher nicht getan hat, so liegt sie doch davon der Erwägung fern, daß es mehr für die Konföderation noch für die liberale Partei und auch nicht für eine konservativ-liberale Mehrheit geraten sei, den Sturz des Arbeiterkabinetts herbeizuführen und selbst die Regierung zu übernehmen. Die sozialdemokratische Fraktion ist jeden Tag in der Lage, mit Nationalsozialisten, Kommunisten und Reichsnationalisten die Regierung zu stürzen, sie kann aber ungenügend mit solchen Bundesgenossen gemeinsam eine neue Regierung bilden. Deshalb und weil die sozialdemokratische Fraktion die Verantwortung für die arbeitende Klasse durchbringen will, lehnte sie jetzt die Zustimmung zu den Mißtrauensanträgen anderer Parteien ab. Und zwar solcher Parteien, die, wie die Nationalsozialisten und die Reichsnationalisten, offen arbeitereindringend sind, oder, wie die Kommunisten, durch ihre Lattiz zur Schwächung der Arbeiterklasse und zur Stärkung des Faschismus beitragen.

Die sozialdemokratische und die freien Gewerkschaften sind das Bollwerk gegen die Herrschaft des Faschismus in Deutschland. Die gesamte Arbeiterklasse muß den parlamentarischen Kampf der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion für die Verbesserung der Wirtschaftslage, für die Ordnung der öffentlichen Finanzen, für die Erhaltung der Sozialgesetzgebung und für die Sicherung der politischen Freiheiten des Volkes mit allen verfügbaren Kräften unterstützen.

### Sie bieten sich an.

Die Landvolkpartei

fordert eine grundsätzliche Umwidmung des Kabinetts. Ihre Fraktion erklärt, die Abhängigkeit des Kabinetts Brining von der sozialdemokratischen Fraktion sei nunmehr in aller Öffentlichkeit erwiesen. Infolge der verfallenen Verbindung des Kabinetts Brining mit der sozialdemokratischen Fraktion die Lösung der außerparlamentarischen und wirtschaftspolitischen Aufgaben im Sinne der Landvolkaufstellung als unmöglich. Die Landvolkpartei bringe daher unter Vorbehalt die Übernahme der Verantwortung zu Minister Siehe ihre Forderungen nach einer grundsätzlichen Umwidmung der Regierung unter Berücksichtigung des Wahlergebnisses zum Ausdruck.

### Notstandsarbeiten für Berlin.

Der Magistrat der Stadt Berlin hat die Stadtverordnetenversammlung eine Dringlichkeitsbeschlusse zugehen lassen, in der er um Zustimmung in der Ausführung von Notstandsarbeiten auf dem Gebiet des Straßenbaus in Höhe von 18,55 Millionen Mark bittet. Die Finanzierung geht in Ordnung.

Die Zahl der Arbeitslosen betrug in Berlin im September rund 346.000, circa 12.000 Steiniger, Hammer und Wälzlager haben seit November 1929 nicht einen Tag gearbeitet. Sie sind deshalb ausgezehrt und fallen der öffentlichen Wohlfahrtspflege der Stadt zur Last.

Reichstagsfraktion Brining nach Stuttgart abgereist. Am Montag abend um 21 Uhr haben Reichstagsfraktion Brining und der Reichsfinanzminister ihre Reise nach Stuttgart angetreten.

# Berliner Gemeindereform.

## Die Selbstverwaltung der Reichshauptstadt vor dem preußischen Landtage.

Berlin, 20. Oktober. (Eig. Ber.)

Der preußische Landtag begann am Montag die erste Lesung des vielumstrittenen Gesetzesentwurfs über die neue Selbstverwaltung der Stadt Berlin. Obwohl die Regierung plant, ein neues Selbstverwaltungsrecht für alle preußischen Gemeinden vorzulegen, hat sie sich entschlossen, vorerst eine Neuregelung der Berliner Gemeindeverfassung zur Ausführung zu bringen, weil nach ihrer Ansicht die jetzt geltende Magistratsverfassung (Zweitammensystem) der Reichshauptstadt weder ihrer Größe noch ihrer Bedeutung nach entspricht.

Die Vorlage wurde durch den Innenminister Dr. Dienitz in einer längeren Begründung eingebracht. Er verwies darauf, daß man bei der im Jahre 1920 erfolgten Zusammenfassung von 8 Großstädten, 86 Landgemeinden und Gutsbezirken zur Einheitsgemeinde Groß-Berlin infolge nicht an die Konsequenzen gedacht habe, als man die Stadt in 20 Bezirke einteilte, aber dabei die Stadtverfassung unangetastet gelassen habe. Der Minister beantragte die Berücksichtigung auch auf die unrichtigen Verhältnisse, die Berlin im letzten Jahre in der Öffentlichkeit festgestellt haben. Er sieht die Fehlerquelle weniger in der Unzulänglichkeit oder Unzuverlässigkeit einzelner Personen, als im System der Verwaltung.

Das für Berlin geltende System der Magistratsverfassung magt zur Verabschiedung von Vorlagen die Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung und des Magistrats erforderlich. Dieses Zweiammensystem soll nach dem Entwurf durch das Einkammersystem der rheinischen Bürgermeisterverfassung ersetzt werden. Die Vorlage will die Stadtverordnetenversammlung erheblich verkleinern, die eigentlichen Entscheidungen in einer von der Stadtverordnetenversammlung nach dem Verhältniswahlrecht gewählten Stadigebeausschuss von 24 Sitzen verlegen, während der Oberbürgermeister sowohl in der Stadtverordnetenversammlung als auch in dem betreffenden Ausschuss dem Vorschlag führen soll. Der Stadigebeausschuss soll nach dem Vorbild der Provinzialparlamente gebildet werden. Der Magistrat soll seine stützende Körperkraft mehr sein, die Stadträte sollen als Beigeordnete des Oberbürgermeisters fungieren, der höchste Dienstposten aller städt. Beamten ist, allein die Verantwortung trägt und dementsprechend auch mit besonderen Befugnissen ausgestattet werden soll. Eine ähnliche Regelung ist für die einzelnen Berliner Stadtbezirke vorgesehen, wobei jedoch unter Zurücklassung des Prinzipes einer einheitlichen Zentralverwaltung auf größtmögliche Selbständigkeit der Bezirke Wert gelegt werden soll.

Mit der geforderten Verabschiedung des Entwurfs will die Staatsregierung der Stadt Berlin das erhalten, was sie als ihr teuerstes Gut besitzt: die Selbstverwaltung der Stadt Berlin. Berlin haben den Entwurf insoweit einmütig abgelehnt.

Als erster Debattierender erklärte

Abg. Fehmer-Berlin (Soz.) daß der Entwurf nicht die ungeteilte Anerkennung der sozialdemokratischen Fraktion finde. Es sei außerordentlich bedenklich, eine Vorlage von so weittragender Bedeutung in so kurzer Frist zu erbringen. Sie sei nichts anderes, als ein Leges-Experiment. Die geforderte unbeschränkte Handhabung der Gesetzgebung durch den ständigen Oberbürgermeister ist eine starke Beeinträchtigung der Tätigkeit der Stadtverordnetenversammlung. Rein verwaltungsamtlich habe man mit der Einheitsgemeinde Berlin gute Erfahrungen gemacht. Daran trümpfe auch ein Entwurf der Berliner Organisation der sozialdemokratischen Partei an. Der den städtischen Problemen durch die Schöpfung eines Einkammersystems, aber auf andere Weise, bekommen wolle, Nebenamtlich schließlich, die Angelegenheit solange zurückzustellen, bis es von der Regierung angekündigte Selbstverwaltungsrecht für alle preußischen Gemeinden vorliegt.

Abg. Steinhoff (DnL) erklärte, daß die bisherigen Verwaltungsformen in Berlin für die Viermillionenstadt völlig ungenügend seien. Die Frage sei nur, ob aufgehoben werden müsse auf der Grundlage der Selbstverwaltung nach steinheimischen Muster oder nach dem Protokollsystem nach französischem Vorbild. Der Redner lehnte die Vorlage ab, weil sich hinter dem Bürgermeistersystem das sei, was die Preußische Verberge. Er begründete dann einen deutschnationalen Antrag auf große Dezentralisation der Verwaltung.

Abg. Schwent (Knm) nannte den Entwurf einen Wechselhafter, der nur die eine Aufgabe hätte, die Fortführung der bisherigen politischen Linie zu sichern. Der parlamentarische Charakter des Gesetzes werde durch die große Magistratsposition erfüllt, die der Oberbürgermeister erhalten solle, und auch dadurch, daß die Verhandlungen der Stadtverteilung in die Dunkelkammer der Öffentlichkeit verlegt werden sollten.

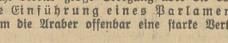
Abg. Hallensleben (Dsp) beantragte, die Stadt Berlin grundsätzlich zu lösen, bevor das Gesetz verabschiedet werde. Den Grundgedanken, die Berliner Verwaltung zu reformieren, der Redner sah er als richtig. Demnach werde man die Selbstverwaltung schwerlich in der vorliegenden Form annehmen können, weil er doch eine Ausgestaltung der Selbstverwaltung bringe.

Abg. Greßer (Dem) meinte, man solle erst das allgemeine Gesetz für ganz Preußen abarbeiten und Berlin nicht unter ein Ausnahme-Gesetz stellen. Im übrigen spielte bei jeder Verfassung das Berufsrechtsproblem die Hauptrolle. Die Vorlage wolle eine starke Zentralisierung und Bürokratisierung auf.

Abg. Wenß (WfP) lehnte die Erhebung der Magistratsverfassung durch die Bürgermeisters-Verfassung ab. Bedenklich schließlich und beruhtig vorgeschlagenes Personal für die Stadtverordneten tätig sein, aus der das parteipolitische Moment verschwinden müsse. Die Vorlage wurde dem Stadigebeausschuss überwiesen, der aber, nach dem angenommenen vorkonstituierenden Antrag, seine Beratungen erst beginnen wird; wenn das angeforderte Gutachten des Berliner Magistrats vorliegt.

Am 16 Uhr verlas die Fraktion auf Dienstag 12 Uhr: Diskussion und Abstimmung über die Vorträge auf Auflösung des Landtages usw.

Der russische Finanzminister ab-fügt.



Sowjet-Finanzminister Brjuchanov

ist nach Meldungen aus Moskau seines Amtes entbunden worden.

### Selbstverwaltung für Palästina.

Unabhängige Administration auf den Zionismus.

London, 20. Oktober. (Eig. Drahtf.) Die englische Regierung wird am Dienstag eine Erklärung über die Palästina-Politik veröffentlichen. Damit findet die Diskussion zwischen London und Genf über die Verwaltung des palästinaischen Mandats durch England ihren Abschluß.

Die Erklärung der Regierung wird die Richtlinien enthalten, die sich aus den Untersuchungen verschiedener englischer Kommissionen in Palästina über die arabisch-jüdische Frage, sowie über die Einwanderungspolitik ergeben haben. In englischen jüdischen Kreisen herrscht bereits große Erregung über die von der Regierung geforderte Einführung eines Parlamentes in Palästina, in dem die Araber offenbar eine starke Vertretung haben sollen.

Dr. Weismann tritt zurück.

Der Präsident der jüdischen Weltorganisation, Dr. Weismann, hat dem englischen Konsul in Jerusalem mitgeteilt, daß er keine Umlauf niedriger und einen Kongress des Zionisten-Bundes und der Jewish Agency einberufen werde.

Sicher ist sicher.

Nach dem Beispiel des Abgeordneten Feder.

Am Bart-Kontor einer bänischen Grenzstadt erschien unlängst ein Mann, der sich als „sozialdemokratischer“ Mitarbeiter des Reichsfinanzministers bezeichnete. Er verlangte, während der Unterredung mit dem Direktor seinen Hut, trennte das Futter auf und überreichte dem Direktor 3500 Mark zur Bewahrung. Der Direktor erwiderte, daß er auf ihn etwas genauer. Der Deutsche bekannte sich als stammer Nationalsozialist. Er verriet, das „dritte Reich“ werde bestimmt kommen. Bis dahin müsse man jedoch noch mit allen Möglichkeiten rechnen. Darum bringe er sein Geld in Sicherheit.

Wahlen in Hamburg.

Mit den Nazis geht es schon wieder abwärts.

Am Sonntag fanden im hamburgischen Landgebiet Gemeindevorwahlen, Stadtwahlbezirks- und Landesauswahlgemeinschaften statt. Das Ergebnis dieser Wahlen ist insofern interessant, als es insbesondere die nationalsozialistische Bewegung nicht nur auf einer außerordentlich hohen Ebene, sondern auch auf der Ebene der Landgemeinden und Bezirke, die Nationalsozialisten im Vergleich zu den letzten Reichstagswahlen ein Drittel ihrer Stimmen von 14. September, während alle anderen Parteien dem 19prozentigen Stimmenrückgang entsprechend 10 Prozent ihrer Stimmen einbüßten. Nur im Landkreis 1 konnten die Nazis ihre Stimmen von 14. September einhalten.

Der hamburgische Landkreis 1 umfaßt die Städte Bergedorf, Cuxhaven und Geesthacht und der Wahlkreis 2 die Landgemeinden. Das Ergebnis im Wahlkreis 1 ist folgendes:

	Stimmen	Stimmen	Stimmen	Stimmen	Reichstagswahl
Sozialdemokraten	8850	3	8725	3	9706
R.P.D.	2891	1	2619	1	2815
Staatspartei	1478	—	2544	1	1934
Bürgerliche Liste	5861	2	8472	3	6388
Nationalsozialisten	5418	2	—	—	5458

Am Wahlkreis 2 (Landgemeinden) erhielten: Sozialdemokraten 6641 Stimmen, 3 Sitze (1927: 6103 Stimmen, 3 Sitze, Reichstagswahl 7847 Stimmen); Kommunisten 1188 Stimmen, kein Sitz (784 Stimmen, kein Sitz; 1316 Stimmen); Staatspartei 1439 Stimmen, kein Sitz (1853 Stimmen, 1 Sitz; 1258 Stimmen); bürgerliche Liste 6482 Stimmen, 2 Sitze (6907 Stimmen, 3 Sitze; 5701 Stimmen); Nationalsozialisten 3805 Stimmen, 2 Sitze (1927: keine Stimmen, Reichstagswahl 5530 Stimmen). Die Wahlbeteiligung betrug ungefähr 74% Prozent.

### Abbruchung tut not!

Friedensfundgebung der französischen Sozialdemokratie.

Paris, 21. Okt. (Eig. Ber.) Der Vorstand der sozialistischen Partei Frankreichs hat einen Friedensappell an die französische Arbeiterklasse gerichtet. Der russische Faschismus, der italienische Faschismus und die deutschfaschistische Propaganda treiben gemeinsam zum Krieg. Unverzüglich hätten die Nationalisten den Augenblick für gekommen, um eine Propaganda für ein neues Rüstungswettrennen zu unternehmen. Unverzüglich aber erhebe die sozialistische Arbeiterklasse auf der sicheren Höhe des Friedens. Gerade die Tatsache, daß die ganze Welt ihr Vertrauen in die deutsche Sozialdemokratie setzt, daß sie gegen die deutschfaschistische und die kommunistische Propaganda die junge deutsche Republik verteidigt, ist der beste Beweis, daß der Sozialismus allen Friedensfreunden am meisten Vertrauen einflößt. Der Kapitalismus ebenfalls ist außerstande, eine neue Katastrophe zu verhindern. Keine bessere Antwort gebe es auf die Propaganda-Propaganda der Faschisten und der deutschfaschistischen als die Fortsetzung der Politik schmerzlicher Abbruchung, die letzten Endes zur Einigung eines möglichen Friedens in einer wirklich rechten Arbeiterschaft führen müßte. Für den Frieden kämpfen, heißt also für den Sozialismus kämpfen. Alle französischen Sozialisten müßten ihre ganze Kraft daran legen, daß Frankreich bei der allgemeinen Abrüstungsabmachung in Genf ein genaues konkretes Projekt vorlege, das durch sofortige und gleichzeitige Ratifizierung auf dem Gebiet der Abrüstung die Möglichkeit gebe, aus der augenblicklichen gefährlichen Stagnation herauszukommen.

# Die Kürzung der Diäten.

Im Reichstag und Landtag.

Der Reichstag hat am Sonnabend einstimmig dem Vor- schlag des Reichstagspräsidenten, vorläufig ab 1. November die Diäten der Reichstagsabgeordneten um 20 Prozent und die Tagelöhner für Ausfuhrleistungen außerhalb der Tagungen um 50 Prozent herabzusetzen. Die endgültige Regelung wird nach Beratung in einem Interimsausschuss des Reichstags später getroffen werden.

Eine gleiche Regelung für den preussischen Landtag ist gestern Abend vom Hauptauschuss getroffen worden. Es fand ein sozialdemokratischer Antrag Annahme, den Präsidium des Landtages zu erlauben, die Räte des Landtages anzunehmen, die Aufwandsentschädigung für Landtagsmitglieder vom 1. November 1930 ab um 20 v. H. und die Entschädigung für Ausfuhrleistungen auf planmäßigen Reisen Tag und Nacht um 50 v. H. bis zur anderweitigen gesetzlichen Regelung zu kürzen.

Der Antrag zur sofortigen Kürzung der Diäten der Reichstags- und Landtagsabgeordneten ist von den sozialdemokratischen Fraktionen angenommen. Erst dann haben andere Parteien ebenfalls Anträge zur Kürzung der Diäten gestellt. Diese Reihenfolge ist nicht ohne Bedeutung. Denn obwohl die Nationalsozialisten, die Kommunisten und andere Gruppen während des Wahlkampfes die angeblich zu hohen Diäten verurteilten, hatten sie zunächst nicht die Absicht, für ihre Herabsetzung zu sorgen. Dagegen sind sie erst durch den Vorgehen der Sozialdemokratie gezwungen worden.

## Was wird mit Nazi-Franzen?

Sozialdemokratische Anfrage im braunschweigischen Landtag.

Braunschweig, 18. Oktober (Sig. Drach). Die sozialdemokratische Fraktion des braunschweigischen Landtages hat die Einberufung des Parlaments beantragt. Gleichzeitig wurde folgende Große Anfrage an die braunschweigische Regierung gestellt:

„Minister Franzen hat nach dem amtlichen Bericht des Berliner Politreferenten bei den Kammer in Berlin am 13. Okt. 1930 für einen Kandidat Gult aus Schleswig-Holstein gebürtig und dabei auf der Parteitag erklärt, daß Gult der nationalsozialistische preussische Landtagsabgeordnete Gult sei. Minister Franzen hat diese Tatsache in verschiedenen sich widersprechenden Erklärungen abgelehnt. Amtlich wird aber bekanntgegeben, daß gegen den Minister Dr. Franzen ein Strafverfahren wegen Beleidigung eingeleitet worden ist. Wie fragen an: 1. Hat Minister Dr. Franzen seine Amtswiederlegung über sich hinweglassen bis zur Entscheidung über das Strafverfahren oder Dienstverhältnisse zu enthalten? 2. Welche Folgen ergiebt sich das Staatsamtlich aus dem Verhalten des Ministers Dr. Franzen zu ziehen?“

## Die Verleumder-Fraktion.

107 Nazis — 113 Straferfahren.

Die Nationalsozialisten verlangen durch einen besonderen Antrag im Reichstag die Einstellung von nicht weniger als 113 Straferfahren gegen nationalsozialistische Abgeordnete. Es handelt sich meistens um Verleumdungen, Vergehen gegen das Republikanische, Religionsvergehen, Körperverletzung, Widerstand gegen die Staatsgewalt, unehrliche Fälschung, um. Die meisten Straferfahren, nämlich 24, schwanden gegen den ehemaligen Reichsminister von Bortum, die weiteren 89 gegen 21, 13, 10 bis vertrat auf nur 5.

## Gröener antwortet Döberberg-Januschau.

Der Reichswehrminister wird auf die Rede des deutschnationalen Reichstagsabgeordneten Dr. Döberberg-Januschau in der Sonnabend-Sitzung des Reichstages bei 114 antworten. In der Antwort, die nach der unzulässigen Erklärung des Reichswehrministers in das amtliche Protokoll der Rede, am Dienstag der Mittwoch an Döberberg-Januschau abgeben wird, wird die Anfrage des deutschnationalen Abgeordneten auf die Führung der Reichswehr entschieden zurückgewiesen und charakterisiert werden.

## Die Partei der Korruption.

Chemnitz, 21. Oktober (Sig. Junken). In der Stadt Chemnitz bei Chemnitz ist der Kommunistische Stadtratsrat der SPD, ausgetreten. In der letzten Stadtratsratsversammlung erklärte er, daß es unmöglich sei, mit der SPD, für die Interessen der Arbeiterklasse zu kämpfen. Er verlasse die Partei der Korruption, da er ihre Substanz nicht mehr mittragen könne.

Der Auswärtige Ausschuss des Reichstages trat am Montag nachmittag unter dem Vorsitz des nationalsozialistischen Abgeordneten Dr. Friedl zusammen. Auf der Tagesordnung steht die Berichterstattung über die Genfer Weltverbandskongresse. Außerdem werden die am Sonnabend vom Reichstag an den Auswärtigen übermittelten Anträge beraten. Die Verhandlungen werden am Dienstag fortgesetzt.

Nientimp geschlossen. Der frühere Reichstagsabgeordnete des Zentrums, Nientimp aus Bodum, gegen den in Dortmund ein Verfahren wegen Steuerhinterziehung und Bestechung schwand, soll nach Einschätzung gesteuert sein.

Das vorläufige Ergebnis der kürzlich gegründeten Arbeiter-Oppositionspartei. Der Aufstieg war trotz des Terrors der Regierung möglich. In Smyrna brachte die Opposition auf zwei Fünftel aller abgegebenen Stimmen. Ähnliche Verhältnisse werden aus zahlreichen anderen Provinzen gemeldet. In diesen kleineren Städten erlangte die Opposition die absolute Mehrheit.

## Aus aller Welt.

### Graf Monts gestorben.

Aus München kommt die Nachricht, daß auf seinem Gute Halmhausen Graf Anton Monts de Wozin gestorben ist. Er hat ein Alter von 78 Jahren erreicht. Graf Monts hat in der 2. Weltkriege in London und Rom. Während seiner römischen Zeit kämpfte er besonders die Bismarck-Bündnispartei. In dem Dreierbund, den Bismarck geschlossen hatte, lag er ein Hindernis für die deutsche Außenpolitik. So, er wurde immer wieder in Berlin für die deutsche Außenpolitik. Als energischer Gegner der Außenpolitik Bismarcks 2. legte er im Jahre 1899 an Bismarck ein Brief, das heißt als Staatsmann und dem Kaiser als Berater. Mit Bismarck schiff immer mehr in die Präfektur kommend. Da er dieser Brandung nicht feuern konnte, zog er sich schon 1910 aus dem Reichsdienst zurück.

# Furchtbares Grubenunglück

Viele Tote und Verletzte.

8. Okt., 22. Oktober. Auf der Zeche „Wilhelmshagen“ bei Alsdorf, in der Nähe von Aachen, ereignete sich am Dienstag früh gegen 8 Uhr durch die Explosion eines Sprengstoffmagazins eine furchtbare Katastrophe. Der Förderer führte ein und zahlreiche Arbeiter sind verletzt. Jede Verbindung zwischen dem Schacht und der Außenwelt ist abgeschnitten. In der Grube arbeiten 300 Arbeiter. Die Zahl der Toten und Verletzten wird vorläufig auf 200 angegeben. Feuerwehr und Sanitäter eilten sofort an die Unglücksstätte. Sie sind 3. H. mit der Bergung der über der Erde Derunglückten beschäftigt. Vom Schacht „Anna“ versucht man in den Wilhelmshagen zu gelangen. Man hofft, daß der größte Teil der Arbeiter, soweit er noch lebt, durch unterirdische Gänge aus den anderen Gruben ans Tageslicht gelangt.

## Bisher 22 Tote geborgen.

8. Okt., 21. Oktober. Bis 10 1/2 Uhr sind von der Grubenkatastrophe bei Alsdorf 22 Tote geborgen und eine große Anzahl Schwerverletzte in die Krankenhäuser eingeliefert worden. Bei der Schwere des Unglücks rechnet man jedoch mit einer wesentlich höheren Zahl von Toten und Verletzten. Der Umkreis der Schachtanlage bildet ein großes Trümmerteil. Die Explosion des Sprengstoffmagazins erfolgte auf der 200-Meter-Sohle. Mit den auf der 400-Meter-Sohle beschäftigten Bergleuten besteht telephonische Verbindung. Sie haben sich als lebend gemeldet. Das telephonische Büro des Schachtes, das ebenfalls einstuft, hat alle Angehörigen unter sich begraben. Von ihnen wurden bisher drei Angestellte als Tote und viele Schwerverletzte geborgen.

## Die Großhandelstagung.



Herr Dr. Kohnstamm, Geschäftsführer. Herr Dr. Kohnstamm, Geschäftsführer.

Auf der Tagung des Groß- und Lebersechthandels in Berlin, leitete der Präsident Dr. Kohnstamm seine Rede mit dem Worten, daß er angesichts der gegenwärtigen Verhältnisse in Deutschland nicht mehr der Hoffnung auf baldige Besserung Ausdruck geben wolle; die jüngere Generation hätte zu zeigen, daß sie die Dinge meistern könne. Wie lassen es dahin gestellt sein, ob dies eine Aufforderung an die Geschäftsleute sein soll, vor denen Herr Kohnstamm in Höhe seines Wortschlusses in Godesheim häufig feurige Reden hielt, oder ob diese Aufforderung nur als allgemeine Botschaft aufzufassen ist. Schematisch mußte sich Herr Kohnstamm von seinem Hamburger Kollegen Betsch dahin berichtig lassen, daß es wirklich noch nicht an der Zeit sei, Kopf und Nerven zu verlieren.

Das weltwirtschaftliche Referat des Hamburger Bürgermeisters Betsch war unermüdet eine scharfe Anfrage gegen das kapitalistische Wirtschaftssystem, das nicht im Stande sei, den Hunger von Millionen Menschen mit dem Warenüberschuß aus anderen Gebieten zu stillen. Wenn Herr Betsch es, a. weiter festhielt, daß die Not der Zeit durch Mangel an Konsum bedingt sei, so gibt er damit das schlagendste Argument gegen die Lohnbau-forderungen seines Rednerkollegen Kohnstamm.

Der nächste Redner, Reichstagsabgeordneter Reichstagsabgeordneter, geschäftsführender Präsidialmitglied des Groß- und Lebersechthandelsverbandes, Schumann im ersten massenhaften Rednerreferat. Reichstagsabgeordneter (1) Gebotenergängen und Rückkehr zu klarer Betriebswirtschaft waren seine Forderungen. Die privatkapitalistische Wirtschaft könne erfolgreicher als jedes andere System Prosperität und Wohlstand aller Menschen schaffen. Man muß Herrn Kohnstamm fragen, in welcher Welt er eigentlich lebt, wenn er in einer Zeit, in der das kapitalistische System nicht in der Lage ist, Millionen arbeitsfähiger Menschen zu beschäftigen und wo Not und Elend die ganze Welt durchzieht, die Behauptung wagen kann, der Privatkapitalismus löse für die Wohlfahrt aller Menschen am besten?

Der Schluss der Tagung war äußerst matt. Offenbar hatten die Groß- und Lebersechthändler selbst das Empfinden, daß sie im Grunde der Defensivität genötigt zu liegen hatten.

## Zukunftskrieg — Maschinenkampf.



Englischer Botschafter durchdringt eine Mauer.

Vor den an der britischen Reichstagskonferenz in London teilnehmenden Premierministern und Delegierten der englischen Dominions fanden in Aldershot große Kriegsmannöver statt, die die neuen Fortschritte der englischen Kriegsmarine zeigten.

Verleumdung „Brinz von Homburg“? Die NYZ hat die Absicht, hainisch von Kleists Schauspiel aus der preussischen Geschichte „Der Brinz von Homburg“ zu verteidigen.

Beständiger Luftdruck. Dieser Tage wurde in dem Orte Lörzig ein beständiger Luftdruck an einer festgestellten der dortigen Fabrik gemessen. Der Lörzig ist seit langem aktives Mitglied der Lörziger Heimwehr.

Raubmord in Lubowitschen. Am Montag früh wurde der 24 Jahre alte ledige Schuhmachermeister Dietrich in seinem Bett ermordet aufgefunden. Die Leiche war scharf geschnitten. Der Kopf war durch Hammerhiebe völlig zerschlagen. Da der Ermordete noch mit seiner Arbeitskiste im Bett lag, nimmt man an, daß die Tat schon in der Sonnabend nacht ausgeführt wurde. Rache der bisherigen Feststellungen der Mordkommission hat ein Raubmord am Sonnabend eine Rechnung mit einem fünfzigjährigen beglichen. Da dieser Geliebte nicht vorgefunden wurde, liegt ungewissheit Raubmord vor.

Elektrobad beim Schulausflug. In Hagen (Westfalen) erregte sich am Montag beim Ausflug einer Volksschulklasse nach dem Hengstfeld, dem künstlichen Stausee für Deutschlands größtes Kraftwerk der heimlich-versteckten Elektrizitätswerke, ein schweres Unglück. Als die Klasse sich auf dem Wege nach dem Aufstehaus begeben, rissen aus noch nicht geklärt Ursache mehrere Brüste der am Wege entlang führenden Hochspannungslinie und fielen in die Kindergrube. Die Beibrin, ein 87 Jahre alte Fräulein Geersberg und ein fünfjähriges Mädchen wurden auf der Stelle getötet, zwei Kinder schwer und mehrere leicht brandverletzt.

Gefährliche Mörder? Die Aachener Kriminalpolizei verhaftete in Günstig bei Düren den Schiffer Lambert Wehren, der dringend verdächtig erscheint, am 28. Juni 1927 die fünfjährige Gostwirth Edle Franzen in Günstig, die am Nachmittag desselben Tages in einen See eingetaucht leblos in der Wäldchen ihrer Wohnung aufgefunden worden ist, ermordet zu haben. Ferner ließ die Staatsanwaltschaft in Alfster bei Bonn einen Mann festnehmen, der im Verdachte steht, ein fünfjähriges Mädchen namens Gertrud Schärer aus Waldorf vor 12 Jahren leblos ermordet zu haben. Die Leiche des unbekannteren Kindes wurde vor einigen Tagen von Wäldern und Büschen gefressen und fast bis auf das Skelett verwest, im Walde gefunden.

Auf der Jagd tödlich verunglückt. Am Montag nachmittag verunglückte auf einem Jagdausflug der durch seine Tätigkeit in der Deutschen Nationalen Volkspartei in Mendenburg bekannte Regionalrat Rittergutsbesitzer von Biel-Kalffort, von Biel wollte einen Rebhuhn schießen und war in einer Grubenöffnung auf dem Stand, während ein Jäger in den Brust gegangen war. Pöhlisch hörte der Jäger einen Schuß fallen. Er eilte zu seinem Herrn zurück und fand ihn auf dem Rücken liegend bei. Eine Gerichtsuntersuchung weist an die Unglücksstelle und stellte einmündige Unglücksfälle als Ursache des tragischen Vorfalles fest.

Unwetter in Frankreich. Die schweren Regengüsse, die im Süden Frankreichs seit zwei Tagen niedergegangen sind, haben, wie von Montpellier gemeldet wird, weitgehende Verheerungen zur Folge gehabt. Mehrere Eisenbahnlinien sind unterbrochen und die Gegend ist fast bis zum Himmel mit Wasser bedeckt. Das Meer trägt sich infolge des Sturmes und Regens immer mehr ins Land und hat bereits alle Küstentreiben überflutet. Arabonne steht vollkommen unter Wasser. Der Bahnhof ist isoliert, die Hauptstraße der Stadt unpassierbar. Die Lebensmittelzufuhr von Carcassonne nach Narbonne ist abgeschnitten.

Blutige Hochzeit. In Herzogenrath bei Aachen erlitt eine Hochzeitfeier in eine blutige Schlägerei aus. Ein nicht zur Hochzeit geladener Gast des Brautpaares geziemert. Einmalig freitragend die Festbesucher, schlug auf den jungen Ehemann mit einem Hammer ein und verletzte ihn durch einen Streifschuss. Auch ein anderes Mitglied der Hochzeitgesellschaft wurde durch einen Schuß verletzt.

Dresden wird wieder angefallen. Die von der letzten Regierung mit dem Reichswehrministerium geführten Verhandlungen haben zur Zustimmung der seit dem Abbruch des Zugzwanges 1928 über den Dresdener Flughafen verhandelten Sperrung geführt. Dresden wird nunmehr wieder im regelmäßigen Streckenverkehr angefallen; nur einige neue Flugzeugmuster dürfen in Dresden bis auf weiteres noch nicht landen. Die für den Flughafen geforderten baulichen Verbesserungen werden mit Beschleunigung in Angriff genommen werden.

## Letzte Nachrichten

(Stiene Baum- und Traublerarbeiten).

14 Tote bei einer Explosion in einer Munitionsfabrik. Prag, 21. Oktober. (Telumion). In der Preßburger Fabrik der Firma Koch erkrankte Montag nachmittag eine Patrone die Pulvermischung für militärische Geschütze. Bisher wurden acht Tote, zwei Schwere und 13 Leichtverletzte festgestellt. Durch die Explosion entstand ein Brand, der sich um sich griff. Anfolge des starken Aufwindes der Detonation wurden sämtliche Arbeiter bis auf zwei Verletzte, denen es gelang, sich unterlegt in Sicherheit zu bringen, zu Boden geworfen.

14 Tote im spanischen Lebereremungungsgebiet. Madrid, 21. Oktober. (Telumion). Die letzten Meldungen aus dem Lebereremungungsgebiet von Zaragoza betonen, daß dort bisher 14 Tote und 23 Schwerverletzte geborgen sind. Die furchtbaren Regengüsse hören allmählich auf. Die Wasserfluten nehmen ab.

650 Tote bei einem Brande in China. London, 21. Oktober. (Telumion). Nachrichten aus Kanton zufolge sollen beim Brande in Wutshau 650 Chinesen ums Leben gekommen sein. Der Brand entstand in dem Teehausbezirk der Stadt.



# 1. Beilage zur Harzer Volksstimme

Nr. 247

Dienstag, den 21. Oktober 1930

5. Jahrgang

## Der Schuß im Lichtkegel

Der Nachterstedter Mordprozeß. — Des Angeklagten Kochs Erklärungen beendet. — Die Beweisaufnahme beginnt. — Wer hat den Schuß abgegeben? — Wer verübte im Jahre 1927 auf Kramer ein Attentat? — Kramers Tod. — Erst spät kümmerte man sich um die Ermittlung des Täters. — Sensation in der Dienstag-Verhandlung: Eine anonyme Selbstbezüglichung.

Sabberlab, 21. Oktober.

Die Vernehmung des Angeklagten Koch nahm den ganzen Vormittag des ersten Verhandlungstages in Anspruch. Wie zu erwarten war, blieb er dabei, daß er die Tat nicht ausgeführt hätte. Es gab einige Differenzen zwischen seinen jetzigen und seinen früheren Aussagen, vor allem über sein Verhältnis zu seiner Frau. Während er früher einmal erklärt hatte, er hätte seine Frau geschlagen, stellte er es jetzt in Abrede und meinte, er habe nur Drohungen gegenüber seiner Frau ausgesprochen. Nun, diese Differenz wird sich ja wohl bei der Vernehmung seiner Ehefrau klären. Ferner wurde er über seinen Aufenthaltsort und seine Tätigkeit in der Zeit, während der der Mord geschah, befragt. Seine Schilderungen erschienen durchaus glaubhaft, bis auf die Witnahme seines Fahrrades und bis auf den Zeitpunkt seines Wegganges aus seinem Hause. Hier wird es auf den jungen Zeugen Hermann Braun, den Freund seines Stiefsohnes ankommen, der nämlich bei seinen letzten Vernehmungen auslegte, schon vor 7 Uhr das Rad hinaus verladen zu haben, während Koch behauptet, erst nach 7 Uhr aus dem Hause gegangen zu sein.

Am Montagvormittag wurde in die Beweisaufnahme eingetreten. Es wurden zunächst alle diejenigen Zeugen vernommen, die sich am die Zeit der Morde in der Nähe des Tatortes befanden. Diese Aussagen haben gewiß etwas Bestimmtes und Positives an sich, aber nirgends findet man einen Hinweis auf den Mörder, nirgends bemerkt man, daß diese Zeugen sich von dem Täter getrennt haben. Jedes dieser Verhörprotokolle enthält diese Zeugen die bestimmte Frage, ob sie die Täter hätten oder sie hätten nicht, oder den Schuß abgegeben hätte. Jedem erfolgte ein glattes Nein. Interessant waren die Ausführungen auch nach der Richtung hin, als sie erkennen ließen, daß zwischen Kramer und der Beschuldigte nicht gerade das beste Einvernehmen bestand und daß sogar die höheren Beamten, wie z. B. der Ingenieur Uder, gefühllos von Kramer nicht beachtet wurden. Das war vielleicht für den Angeklagten ein Grund, weshalb er sich nicht sofort näher und mit größerem Eifer um die Aufklärung der Morde bemühte. Es sind ja vielfach Zweifel aufgetaucht, aus welcher Richtung der Schuß auf Kramer abgegeben worden sei, ob aus dem Keller oder, wie die Anklage annimmt, aus dem Hinterhof. Darüber wird vielleicht der heutige Lokalanwalt etwas Klarheit bringen.

Am Montag Vormittag vernahm man im Gerichtssaal auch noch den Zeugen Hermann Braun, den Freund des Angeklagten Kochs. Dieser Zeuge hat eine recht interessante Geschichte zu erzählen. Er ist nämlich ein sehr tüchtiger Mann, der sich in der Vergangenheit als sehr tüchtiger Mann erwiesen hat. Er ist nämlich ein sehr tüchtiger Mann, der sich in der Vergangenheit als sehr tüchtiger Mann erwiesen hat. Er ist nämlich ein sehr tüchtiger Mann, der sich in der Vergangenheit als sehr tüchtiger Mann erwiesen hat.

### Die weiteren Erklärungen Kochs.

Der Vorlesende fragte nun, wie der Angeklagte zu seiner Frau gefahren wäre. Er fragte: „Ist es vorgekommen, daß Sie Ihre Frau geschlagen haben?“

Angeklagter: „Ich habe meine Frau nie geschlagen. Ich habe nur gedroht, daß ich es tun würde, wenn sie weiter so lieblos ist.“

Vorlesender: „Aber in einem Falle haben Sie ja selbst zugegeben, daß Sie Ihre Frau geschlagen haben. Am 15. Juli haben Sie ausgerechnet, was Sie am 15. Juli gemacht haben und ich schlug sie hierab aus.“

Der Angeklagte aber blieb dabei, seine Frau nicht geschlagen zu haben.

### Der Lokalanwalt am Dienstag nachmittag

Stattfände. Das ganze Schlußurteil wurde sich um 3 Uhr mittels Rechtsanwältinnen an den Tatort begeben und am Abend eine Vernehmung vorgenommen. Es wurde eine Zeit gewartet, die denjenigen in bezug auf die Vernehmung im Februar dieses Jahres gleich ist. Es ist nicht auszudeuten, in Nachricht über Zeugen zu vernahmen. Anmerkung: Man wolle sich das Gericht den Beweismitteln zu, die gegen Koch sprechen.

### Die Frage des Vorlesenden:

„Sind Sie im Besitz eines Gewehres gewesen?“

verneinte der Angeklagte und verneinte auch bei dieser Erklärung, als ihm der Vorlesende sagte: „Von verschiedenen Seiten ist es Ihnen ein Gewehr geliehen worden. Zunächst sagt Ihre eigene Tochter, daß sie im Keller unter den Schalen verpackt einen Gegenstand gelassen hätte, der einem Gewehr ähnlich gesehen sei.“

Angeklagter: Das wird das Rohr von der Wäucherfabrik gewesen sein.

Vorlesender: Aber auch Ihr Stiefsohn will das Gewehr gesehen haben. Er behauptet, Sie hätten das Gewehr an einem Sonntag in der Küche geliebert. Auf seine Fragen hätten Sie geantwortet, das wäre ein Gewehr vom Schützenverein.“

Angeklagter: Beide Angaben können nicht stimmen, da ich nie ein Gewehr besessen habe. Bei dieser Erklärung bleibe ich. Dagegen habe ich einen Revolver gehabt.

Vorlesender: Aber das haben Sie bei Ihren ersten Vernehmungen ebenfalls angegeben, bis in Ihre Wohnung.

im Kronleuchter verließ ein Revolver gefunden wurde. Warum haben Sie gelugnet, einen Revolver besessen zu haben und warum haben Sie den Revolver im Kronleuchter verhehrt?

Angeklagter: Das ist ganz einfach. Ich wurde gefragt, ob ich eine Pistole besäße. Das habe ich bestritten, weil ich glaubte, es sei eine Armeepistole gemeint und nicht ein Revolver.

wie ich ihn habe. Den Revolver versteckte ich in den Kronleuchter, damit ihn die Kinder nicht finden sollten.“

Vorlesender: „Das ist doch aber recht fonderbar.“

Angeklagter: „Das glaube ich nicht. Haben Sie, Herr Vorlesender, Kinder? (Der Vorlesende bejaht). Na, dann müßten Sie eigentlich wissen, daß man Schießgewehre vor Kindern verhehrt.“

Vorlesender: „Es ist Ihnen auch bekannt, daß im Mühlentor ein Revolver versteckt wurde. Das Gewehr war mit Sackfeilen umwickelt und dieses Sackfeilen wiederum mit einer Schnur, einer sogenannten Springschnur, wie sie die Kinder zum Spielen benutzen. Diese Springschnur soll nun von Ihrer Tochter entwendet worden.“

Angeklagter: „Das ist nicht die Springschnur meiner Tochter. Das kann sie nicht sein.“ Der Angeklagte beschrieb die Schnur, worauf der Vorlesende sagte: „Es ist eigentlich unumwunden, daß Sie sich auf solche Kleinigkeiten besinnen können, während Sie andere wichtige Fragen nicht so klar beantworten können.“

Was haben Sie am Nachmittag des 19. Februar 1930 alles getan? Wo sind Sie überall gewesen?“

Der Angeklagte schilderte daraufhin seine Tätigkeit an jenem Nachmittag bis in die Abendstunden — gegen 7 1/2 Uhr ereignete sich der Mord. Ursprünglich, so führte er aus, sei beabsichtigt gewesen, nach Strafe zur Wäsche zu fahren. Daraus sei aber nichts geworden, weil die Heißtüpfer, Bodenwäscher usw. für seine Bodenwäsche einem Fußboden gebraucht worden wären. Er hätte einige Nachbarskinder und einige jüngere Leute, die auf dem Sportplatz gespielt hätten, zu dieser Arbeit herangezogen, weil die Defen 24 Zentner wogen. Nachdem diese schweren Gegenstände abgeladen gewesen seien, hätte man sich darüber unterhalten, wie man sie aufstellen sollte und wie die Bodenarbeit eingerichtet sein müsse. Darüber sei die Zeit vergangen. Man habe bald Abendbrot gegessen. Dann sei

er zusammen mit seiner Frau aufgebrochen, um eine Familie Meinende zu besuchen. Hermann Braun, ein Freund seines Stiefsohnes, der dreimal am Nachmittag bei ihm gewesen sei, sei gegen 8 1/2 Uhr von ihm weggegangen. Kurz vor 8 Uhr sei er (Koch) dann bei Meinende eingetroffen, nachdem er unterwegs noch einmal umgekehrt sei, um seine Tochter, die etwas einholen und bestellen sollte, zu suchen. Er habe im Hause den Schlüssel bereitgestellt und habe das Rad seines Sohnes genommen und sei seiner Frau nachgegangen.

Hier legten die

### Zwischenfragen des Vorlesenden

wieder ein. Von ihm wurde bemerkt, daß er erst lo spät seine Wohnung verlassen hätte. Brand hätte bei seinen letzten Vernehmungen erklärt, er sei schon vor 7 Uhr aus der Wohnung von Koch weggegangen. Ferner sei es fonderbar, daß Koch verschiedene Straßen in Gommersdorf, die eigentlich einen Namen haben sollten, während seine Frau zu Fuß den kürzeren Weg gegangen sei. Frau Meinende soll sich auch gemindert haben, daß Koch mit dem Rad gekommen wäre. Wie ihre Fragen, woher er denn komme, soll Koch gelogt haben, er wäre im Hofe gewesen. Diese beiden letzten Angaben der Frau Meinende betrifft der Angeklagte, der dann weiter ausführt, man habe sich in der Familie Meinende über alles erzählt. Dann sei er und seine Frau um 11 Uhr nach Hause gegangen und hätten das Rad bei Meinende gelassen. Es sollte am anderen Tage von der Tochter abgeholt werden.

Nach allem wurden dem Angeklagten die Behauptungen des Zeugen Hermann Braun vorgehalten, der behauptete, schon vor 7 Uhr Kochs verlassen zu haben. Die Anklage nimmt nämlich an, daß Koch schon vor 7 Uhr nach Nachterstedt gefahren sei, dort die Tat ausgeführt habe und dann um 8 Uhr bei der Familie Meinende mit dem Rad wieder eingetroffen sei.

Gegen 1 Uhr war die Vernehmung des Angeklagten beendet.

## Wie die Tat geschah.

### Die Nachmittagsführung

Der Vorlesende hat den Angeklagten nicht ungenügend. Selbst seine Gegner, die nur wenig Ochs an ihm ließen, konnten die Frage des Vorlesenden, ob sie den Angeklagten der Mordtat für schuldig hielten, nur mit nein beantworten. Hierzu wurde der Kriminalkommissar Kugel vernommen, der vor allem einen Lieberkeil über die Lage des Hauses und der einzelnen Gebäude des Grundstücks gab. Es geht sich aber, daß hier volle Klarheit nicht zu schaffen und deshalb auch der bereits angelegte Lokalanwalt vernommen ist.

Dann wurde der Freund Kramers, Dr. Raeding, vernommen, der bei der Mordtat zugegen war. Lieber das Verhältnis des praktischen Arztes Dr. Raeding zur Ehefrau Kramers war in der Zeit nach dem Mord allerlei geredet, so daß man auf die Vernehmung dieses Zeugen besonders gespannt war. Der Zeuge gibt an, daß er vielleicht 10 Minuten vor 19 Uhr mit seinem Wagen von Wiedersleben nach Nachterstedt gefahren sei, so daß er um

19 1/2 Uhr vor dem Hause

gewesen sein dürfte. Er hätte geflucht, worauf Herr Kramer ihm die Worte öffnete, so daß er mit dem Wagen rückwärts einsteigen konnte. Auf dem Hofe habe er den Standort des Wagens nach ändern wollen, weil er ihn so besser vor dem kalten Ostwind schützen wollte. Während er den Wagen vor und vielleicht 1 bis 1 1/2 Meter weiter zugefahren sei, habe er einen Knall gehört, den er sich erst nicht erklären konnte. Im selben Augenblick sah er den Kramer feurig zusammenstürzen. Er sei hinausgelaufen, habe nach die Worte gehört: „Großes Mist“, worauf Kramer ganz zusammengesunken und auf die Seite zu liegen gekommen sei. Er habe dann Frau Kramer

### Eine anonyme Selbstbezüglichung

Aus der Dienstag-Verhandlung.

Die Verhandlung am Dienstag wurde gegen 9 1/2 Uhr wieder aufgenommen. Es waren 26 Zeugen geladen, von denen aber mehrere entlassen wurden, weil zu ihrer Vernehmung die Zeit nicht ausreichte, da das Gericht sich heute nachmittag nach Nachterstedt zum Lokalanwalt begibt. Unter den Zeugen, die heute vernommen werden werden, befindet sich die Frau des Angeklagten, die mit ihrem zwölfjährigen Töchterchen erschienen ist. Zu Beginn der Verhandlung gab es eine Sensation. Rechtsanwältin Braun-Magdeburg teilte mit, daß kürzlich bei einem Magdeburger Rechtsanwalt, der durch seine Schweigepflicht gebunden sei, ein Mann erschienen sei, um darüber Auskunft zu verlangen, wie er sich verhalten sollte, wenn er die auf die Ergreifung des Nachterstedter Mörders ausgelegte Belohnung von 11 000 M. bekommen könne. Zugleich überreichte Rechtsanwältin Braun dem Vorlesenden das Gericht eine anonyme Brief, in dem mitgeteilt wird, daß Koch nicht der Täter sei. Er, der Schreiber dieses Briefes, habe Kramer mit einer Mauerpistole erschossen, die sich noch in seinem Besitze befinde und die er auf den Tisch des Hauses legen könnte, aber er brauche sie noch. Er habe Kramer erschossen, weil er ihn drohen gemacht hätte.

Gegen 11 Uhr begann die Vernehmung der Frau Koch, die zunächst über ihre Ehe mit Koch sprach wurde. Vorher hatte das Ehepaar Raeding erklärt, Frau Koch sei gekommen und hätte darüber gesagt, daß ihr Mann sie tötschlagen wollte. Sie ging deshalb nicht nach Hause, denn sonst könnte es ihr auch so gehen, wie Dr. Kramer, den ihr Mann erschossen hätte.

und Herrn Gutbier zu Hilfe gerufen und den Niedergelassenen ins Haus geholt. Wie er ihn hier verbinden wollte, habe er dann festgestellt, daß das Leben bereits entflohen war. Das sei wieder drei Minuten nach dem Attentat geschehen. Er habe zuerst den Kopf bei der linken Brustwarze befindlichen Wundloch für den Einbruch gehalten. Als Dr. Raedingbald gekommen wäre, den man sofort herbeigerufen hätte, sei dann festgestellt, daß der Einbruch sich auf den Rücken befand. Direktor Kramer habe auf dem Hofe zur Zeit des Attentats gegen das Licht gestanden, so daß er nur in dunkler Umkleidekabine zu sehen war. Direktor Kramer habe in glücklicher Geste gesehen, Kramers hätten sich Kinder gemeldet, aber die Gieße durch die Kinderlosigkeit nicht getriebe. Auf Befragen durch den Vorlesenden tritt Dr. Raeding ganz energisch ab, in irgendwelchen intimen Beziehungen zu Frau Kramer gestanden zu haben. Oben habe auch umgekehrt Direktor Kramer die Annäherungsbedeutung an seine Frau gemacht. Dann hätte der Vorlesende die inhaltsschwerere Frage an ihn, ob er wisse,

wer den Schuß abgegeben habe und ob er es vielleicht gewesen wäre.

Beide Fragen verneinte der Zeuge. Er bestritt ferner, mit Frau Kramer in einem Aufseherbüro Briefe zu empfangen zu sein. Auf die Frage des Vorlesenden Dr. Braun, warum er nicht gleich Nachforschungen zur Ermittlung des Täters unternommen habe, erwiderte er, daß es ihm erst um den Niedergelassenen zu tun gewesen sei, weil er hoffte, hier noch retten zu können.

Dann wurde der Fleischerlehrling Täter vernommen. Er hat sich vor einem Radfahrerhaus aufgehalten und einen schwarzen und blassen Schuß gehört. Das Gebäude von Kramers sei erleuchtet gewesen. Verständnisses habe er nicht bemerkt.

Der Fleischer Hecht hörte, als er wegen Fleischerstellung bei Kramers nachfragen wollte, aus dem Schuß. Als er bei Kramers ankam, habe er getingelt. Er hörte aber nur jemand die Treppe hinaufgehen, aber gekommen wäre niemand.

Ingenieur Uder, der im selben Hause wie Direktor Kramer wohnte, hörte um 7 1/2 Uhr einen schmerzhaften Knall. Er glaubte er sei es in der Küche etwas zerfallen. Er habe dann, als seine Frau auch nichts sehen konnte, sich durch die Veranda auf den Hof begeben, habe aber nichts gesehen, sondern habe nur gehört, daß jemand fragte: „Ist Ihr Mann da?“. Er nahm an, daß die Worte Frau Kramer gälten. Dann aber sei, als er wieder in seine Wohnung zurückkehrte, sein Dienstmädchen gekommen und habe gesagt, daß es sich um einen Mann handelte und drücken liege einer in der Halle. Darauf sei er hinausgegangen und habe nur noch gesehen, wie eine Frau einen Körner hineintrage. Er habe hernach das Ehepaar Raeding und Dr. Raedingbald gehört und erfahren, daß Kramer tot sei. Telefonisch habe er bei Frau Kramer angefragt. Sie sagte, er möge nur kommen, die Herren seien unten. Nach dem Verhältnis zwischen Direktor Kramer und den Arbeitern freigelegt, erklärte er, daß der Verlorbenen gerecht war, wenn auch streng. Das persönliche Verhältnis zwischen ihm und Kramer sei auf gewesen, das persönliche aber nicht, was nach dem Bericht zu schließen sei, das beide im Hause wohnten und daß Direktor Kramer innerhalb der Beamtenhaft sein intimes Freundschaftsverhältnis aufkommen lassen wollte, weil er meinte, daß dies sich ungünstig auf das Dienstverhältnis auswirke. Dem Verstorbenen sei auch stets der Befehlswort abzuhandeln. Für den er persönlich nicht verantwortlich war.

Es kann sein, daß Direktor Kramer in der Wahl seiner Mittel etwas voreilig ist.

Die Frage des Vorlesenden, ob er wisse, wer Kramer erschossen habe und ob er selbst ein Interesse daran gehabt hätte, daß Kramer bestraft wurde, verneinte der Zeuge. Weiter nahm der Zeuge an, daß dieser tödliche Schuß und der im September 1927 aus einer Waffe derselben Art und zwar aus einem Militärgewehres stammen können. Daß er Koch für feige und hinterhältig halte, sei eine rein gefühlsmäßige Auffassung. Beweise dafür habe er nicht. Wenn

ten.  
105  
106  
107  
108  
109  
110  
111  
112  
113  
114  
115  
116  
117  
118  
119  
120  
121  
122  
123  
124  
125  
126  
127  
128  
129  
130  
131  
132  
133  
134  
135  
136  
137  
138  
139  
140  
141  
142  
143  
144  
145  
146  
147  
148  
149  
150  
151  
152  
153  
154  
155  
156  
157  
158  
159  
160  
161  
162  
163  
164  
165  
166  
167  
168  
169  
170  
171  
172  
173  
174  
175  
176  
177  
178  
179  
180  
181  
182  
183  
184  
185  
186  
187  
188  
189  
190  
191  
192  
193  
194  
195  
196  
197  
198  
199  
200

Direktor Kramer von Grubenbeamten nach Hause begleitet sei, wäre das gegen seinen, Kramers, Willen geschehen. Rechtsanwalt Dr. Braun hielt dem Zeugen dann einige Fälle vor, die beweisen sollen, daß Kramer nicht gerade in seinen Entschuldigungen war. Der Zeuge hielt sie natürlich wieder anderen hin. Ein Schweißmeister hat sich 3. nach seiner Entlassung erkündigt und ein Zeignis Schmidt, der, um sich zu verschleiern, nach einer anderen Grube wollte, habe ein ganz schlechtes Zeugnis erhalten, damit er dort nicht genommen würde, weil Kramer ihn halten wollte. Die Frage des Dr. Braun, in wie es wohl komme, daß die Belegschaft gerade gegen Kramer ja erheitert sei, mochte er auf anderen Stellen auch Maßnahmen ergreifen, wenn diese nicht, ohne daß die Belegschaft in gegen die Direktoren eingestellt ist, kann der Zeuge nur damit beantworten, daß das auf seine zurückzuführen wäre. Auf Vorhalt des Verteidigers erklärt er, auch.

**Koch nie selbe und hinterhältig gesehen zu haben.**  
Der Protokollführer traut dem Angeklagten die Tat nicht zu. Er gibt im wesentlichen von der Tat die bereits bekannte Schilderung. — Herr Koch, die Hausangestellte Wäders, war zur Zeit des Schusses gerade auf der Toilette. Sie dürfte das Fenster und sah einen Mann im Regen liegen. Darauf ließ sie weg und erkundigte das Wäders. Daß der Schuß aus dem Keller gefallen sei, habe sie nicht gesehen und auch nicht erzählt.  
Darauf wurde die

**Scheun Kramer**  
erwähnt. Der Vorlesende ließ ihn einen Stuhl hinsetzen und die Beweisaufnahme auf dem Tisch, wie die blutbefleckte Weste Kramers, das Gewehr und die Wirtelknoten, überdecken, um der Witwe den Anblick zu ersparen. Sie gab an, daß ihr Mann oft Drohbriefe erhalten habe. Vor Koch habe sie sich gefürchtet. Als sie am Hause Koch vorbeigezogen seien, habe ihr Mann zuerst gerümpelt. Die Eheleute Koch hätten den Koch erwidert, aber mit einem solchen Pfiff im Gesicht, daß sie erschrocken sei. Ihr Mann habe auch gemeint, ob er es für eine große Ehre im Betriebe der Grube Concordia habe, wenn Koch erkrankt würde. Er habe gesagt, daß kein Mensch unterhalte sei. Koch habe zwar einmal erklärt, daß er sich mit Kramer auseinandersetzen wollte. Den Wortlaut wisse er nicht mehr. Dr. Raupach sprach die

**Drohungen für Praderler gehalten**  
und traut ihm eine Mordtat nicht zu. Auf die Frage des Vorlesenden, ob er einmal geäußert habe, daß er über die Mordtat bereit liegen könne, aber durch seine Schweißgeplüß gebunden sei, antwortet der Zeuge mit Ja. Er gibt danach an, daß eines Tages ein Patient zu ihm gekommen wäre, der sehr nervös gewesen sei und sich danach erkundigt habe, was bei Direktor Kramer geschehen hätte. Der Staatsanwalt beantragte, den Arzt von seiner Schweißgeplüß zu erfinden. Nach kurzer Beratung ab das Gericht dem Zeugen auf, mit dem betr. Mann zu sprechen, ob er ihm von seiner Schweißgeplüß erfinde. Kramer interessiert war noch, was Dr. Raupach über den angeblichen Wirtelknoten aussäße. Er gab an, daß die Wirtelknoten von Koch freigegeben seien. Die Sämlinge seien zur Entnahme von Wasser aus dem Regen bereit gewesen. Koch habe den Eingangsverstand und habe die Sämlinge zunächst beiseite gehalten. Koch sei feurig und gewöhnlich. Die Tattraue er ihm bestimmt nicht zu. Koch sei auch nie roh gewesen, sondern im Gegenteil stets sehr vorsichtig bei den Kranken und Berufstätigen.

**Der Sachverständige Professor Dr. Strauch** warf die Frage auf, ob es nicht möglich sei, daß der

**Schuß doch aus der entgegengekehrten Richtung** gekommen sei als man annehme.

Der Direktor Kramer habe sich eben kurz vor dem Schuß mit dem Rücken nach dort hin gedreht, wo er kurz darauf mit der Brust hin stand und fiel. Diese Frage soll ebenfalls bei dem morgigen Replizieren eine Rolle spielen.

Der Grubenberaufschmeister Heger, der von den Montanbeamten mit Direktor Kramer nach Haderfeldt kam, schilderte Koch als einen vornehmen Menschen. Koch hätte 9 Meter Schenck gestohlen und einen Arbeitstagen verbracht. Koch habe oft Drohungen gegen Kramer ausgesprochen, wie er durch Dritte erfuhr. Auf die Frage des Vorlesenden, ob er Koch die Tat zutraue, antwortete der Zeuge, daß er

**allein eine solche Tat wohl nicht ausführen könne.**  
Im Gegenteil zu Dr. Raupach sagte er auch wieder den Wirtelknoten auf. Rechtsanwalt Braun hielt ihm vor, daß er im Jahre 1927 geäußert habe, daß er Anwalt für fähig halte, das missglückte Attentat auszuführen zu haben. Ob zur Zeit des ersten Attentats am 13. September der Bergtag der Wirtelknoten nicht müßte der Zeuge nicht. Der Verteidiger Braun hielt dem Zeugen, der davon sprach, daß in Zeit alle Arbeiter das Scheitern Direktors Kramer bedauert hätten, noch vor, daß Direktor Kramer auch nach Mordtode von Zeit noch Drohbriefe erhalten habe.

Nichts Neues ließ der Kraftwagenfahrer Bräuner an Koch. Koch habe einen schmutzigen Charakter und habe ihn in einem Prozeß hineinziehen wollen. Als der Schweißmeister sich erkundigte, was Koch gesagt, er hätte erst ein paar Andere um die Gasse gebracht und sich dann aufgeschüßt.

Direktor Schnerke führte die Mitbestimmung der Arbeiter gegen Direktor Kramer auf dessen scharfes Vorgehen zurück, das die Belegschaft nicht ertrug. Darauf sei gekommen, daß

Direktor Kramer manchen Vorträge bereitzwillig sein dürfe, wie er, Schnerke, habe sich um Koch nicht kümmern können, ihn sei auch nie vorgezogen, keine ihn aber seit Jahrzehnten. Das Verhältnis lie zwischen ihm und der Belegschaft ein sehr gutes gewesen. Auch er hielt den Angeklagten nicht der Tat für fähig. Koch habe manches so gesagt. Er sei ein Schwächling. Rechtsanwalt Braun wies als Beweis dafür, daß die Belegschaft nicht schief war, darauf hin, daß sie dem scheidenden Direktor Schnerke einen Festzettel brachte.

Dann kamen zum Schluß zwei Sachverständige zu Wort. Professor Dr. Heger teils zunächst mit, daß von den sechs Schürern, die man in Halle gefaßt hätte, nur eine im Gesicht und Stoff mit der übereinstimmte, die um das Gewehr gewickelt gewesen sei. Die Schürer um das Gewehr sei aber bunt gewesen, die neue nicht. Argentinien Namen D. R. habe man auf dem Stoffzeug nicht gefunden. Wenn er mit Zündstoff eingetragenen worden wäre, er sei, aber nicht ganz verstanden. Professor Bauer wurde darüber vernommen, wie lange das Gewehr im Wasser gelegen haben kann und ob kurz vor seiner Vernehmung ein Schuß aus ihm abgegeben ist. Das Letztere, so betonte der Sachverständige, könne man unmöglich feststellen. Auch aus dem Grad der Verrohung könne man niemals feststellen. Auf die Zeit schloß sich, das Gewehr im Wasser niemals gelassen. Es sei aber anzunehmen, daß es 4 bis 5 Monate im Schwamm lag. — Damit war der erste Verhandlungstag um 11 Uhr zu Ende.

# WERNIGERODE

## Gedenktage

21. Oktober.  
1833 Chemiker Alfred Nobel. — 1878 Sozialistengesetz tritt in Kraft. — 1918 Oesterreichische Nationalversammlung beschließt Unabhängigkeit Deutsch-Oesterreichs. — 1894 503. Parteitag in Frankfurt a. M. — 1921 General Entschädigung: Leitung Oberpostdirektion. — 1923 Separatistische Putsch in Weimaran.

## Die Sparkassenverwaltung in Preußen.

In der Sitzung des Gemeindefussches des Preussischen Landtags vom 16. Oktober 1930 gab der Vorsitzende des Preussischen Ministeriums des Innern, Ministerialdirektor Dr. von Ledden, zur Sparkassenverwaltung Erklärungen ab, die der Mittliche Preussische Presseschrift nachstehend im Wortlaut wiedergibt:

Bereits im Oktober d. Js. hat das Preussische Innenministerium sämtliche öffentlichen Sparkassen in Staatsanwaltschaften in privaten Sparkassen die Einreichung einer jährlichen Aufwertsungsbilanz angeordnet mit dem Ziele, auf diese Weise die notwendigen Unterlagen für die abschließende Regelung der preussischen Sparkassenverwaltung zu beschaffen.

Die Aufwertsungsarbeiten, deren genaue Durchprüfung eine erheblichen Arbeits- und Zeitaufwand erfordert, liegen nunmehr vor; nur in verhältnismäßig wenigen Fällen ist die endgültige Durchprüfung noch nicht abgeschlossen. Das Ergebnis der endgültigen Aufwertsungsarbeiten zeigt erhellend, daß bei den preussischen Sparkassen eine beträchtliche höhere Aufwertsung als bisher angenommen, möglich sein wird. Für alle aufmerksameren Sparkassen Preußens steht eine Aufwertsungssumme von insgesamt rd. 1,7 Milliarden Reichsmark gegenüber. Das würde bei einer vollständig gleichen Aufwertsung durch das ganze Land bedeuten, daß ein jeder Sparere ein Spargeld mit etwa 21,4 Prozent aufwertsung erhält. Neben einer noch erheblich höheren Aufwertsungssumme im ganzen weist die endgültige Aufwertsungsbilanzierung aber auch außerordentlich reichliche Mittel in den einzelnen Verwaltungen; bei einer Gegenüberstellung der Aufwertsungspassiven und -aktiven, getrennt nach den einzelnen Provinzen, ergeben sich folgende durchschnittliche Aufwertsungssätze:

Brandenburg 17,7 Prozent, Berlin 14,5 Proz., Hannover 18,3 Proz., Niederschlesien 19,4 Prozent, Oberhessen 20,8 Proz., Slesien-Pommern 17,2 Prozent, Ostmark (Sachsen und Grenzmark) 25,6 Prozent, Pommern 21,8 Prozent, Sachsen 20 Prozent, Schlesien-Pommern 17,1 Prozent, Thüringen 14,7 Prozent, Westfalen 26,9 Prozent.

Bei dieser letzten Berücksichtigung in den einzelnen Bundesstellen muß erstlich festgestellt werden, ob es bei der bisher vorgelegenen einheitlichen Regelung der Sparkassenverwaltung für ganz Preußen verfahren kann, oder ob nicht fast besten eine einheitliche Aufwertsung nur für sämtliche Sparkassen ein und derselben Provinz vorgeschrieben werden soll. (In dem einen wie dem anderen Falle sollen selbstverständlich die Aufwertsungssätze reiflich zur Aufwertsung der Sparkassengeldgeber Verwendung finden.)

Die folgende individuelle Aufwertsung beruht, daß jede einzelne Sparkasse selbst nach ihrer eigenen Aufwertsungsbilanz aufwertsung erhält, muß also den Interessen der Gesamtheit der Sparere mit der Gemeinden widersprechend abgelehnt werden.

— Silberne Hochzeit. Am heutigen Tage feiert der Genosse August Giesel, Badarbeiter, auf Ruffstraße 3, in voller Rüstigkeit mit seiner Ehefrau das Fest der silbernen Hochzeit. Wir schließen uns der großen Ehr der Gratulanten herzlich an.

— Herkules. Am Sonnabend, den 25. d. Mts. gibt der Arbeiter-Gesangverein „Einigkeit“ halbernde im Festsaal „Stadt Königgrätz“ mit einem sehr gut zusammengestellten Programm, ein Herkulesfest. Alle Freunde und Gönner der Gesangsart werden darauf aufmerksam gemacht.

— Die Volksbuchhandlung Burgstraße 3 empfiehlt ihre sämtlichen am Lager befindlichen Bände des Bildertheaters. Inhaber sind zu jedem Bände ein Buch und ein Bild. In diesen Karten ist eine reichliche Auswahl an Bildern, Märchen und Jugendbücher bereit. Selbstverständliche Pflicht jedes Genossen sollte es sein, ihre Bücher bei uns in der Volksbuchhandlung zu bestellen.

— Die Polizeistunde ist nach einer Bekanntmachung bis auf weiteres auf 2 Uhr nachts festgesetzt worden.

— Capitol, das moderne Schauspielhaus auf der Burgstraße bringt am Dienstag zwei Vorstellungen zur Aufführung. „Die Schwärze im Wald“ in dem bekannten gleichnamigen Roman v. Ludwig Ganghofer, bringt der Film. Wilhelm Dieterle, Rina Maria, Karl Göttsch, Julius Brandt, Gemisch Albert spielen die Hauptrollen. Im Programm wird ein zweiter Film gezeigt, „Kummelplatz des Lebens“. Wie die alte, märchenhafte romantische Donauville, die Stadt des Frohsinns und der Liebe, erlicht in seiner ersten D. E. S. Produktion verhältnismäßig das reichhaltige Programm. Eine Künstlerkapelle, die eigens für diese Filme engagiert worden ist, sorgt für eine gelegene musikalische Unterhaltung. Die Vorstellungen beginnen 5.30 und 8.30 Uhr.

— Schloß-Dischpelle. Den neuesten deutschen Schlager-Tonfilm, ein Sprech- und Gesangsfilm: „Heute Nacht“ — eventuell — bringen die Schloß-Dischpelle. — die erste und größte Tonfilmproduktion des Drees — ab heute Dienstag abends in dem bekannten gleichnamigen Roman v. Ludwig Ganghofer, bringt der Film. Wilhelm Dieterle, Rina Maria, Karl Göttsch, Julius Brandt, Gemisch Albert spielen die Hauptrollen. Im Programm wird ein zweiter Film gezeigt, „Kummelplatz des Lebens“. Wie die alte, märchenhafte romantische Donauville, die Stadt des Frohsinns und der Liebe, erlicht in seiner ersten D. E. S. Produktion verhältnismäßig das reichhaltige Programm. Eine Künstlerkapelle, die eigens für diese Filme engagiert worden ist, sorgt für eine gelegene musikalische Unterhaltung. Die Vorstellungen beginnen 5.30 und 8.30 Uhr.

— Opernabend verheißt. Der Theaterbund teilt mit, daß die für den 8. November angekündigte Aufführung des Ballett-„Madame Butterfly“ auf Montag, den 10. November, verlegt werden mußte.

— Einmaliges Gollspiel des Legener Bauerntheaters. Die betannte Legener Bauernbühne von Anders Schöler kommt am Sonnabend, den 25. Oktober, zu einem Gollspiel nach Wernigerode. Zur Aufführung gelangt der übermüde Spionat „Die drei Dorf-Heinrichen“ der Autoren Dr. Konrad Weiser, Max Wolf und Max Ferner, umrahmt von oberbayerischen Schupplattlerzügen

mit Einlagen von Jodler-Duetten und Juchhefied. Die überaus gern gefundene Truppe gollerte nicht nur wiederholt in allen Großstädten Deutschlands, sondern auch in Holland, Oesterreich, Rumänien, Jugoslawien und der Schweiz. Alle Kreise, die Freude am Humor haben, mögen sich zu diesem Theaterabend einfinden. Das Gollspiel führt als dritte Pflichtvorstellung des „Theaterbundes“. Alle Eintrittspreise sind trotz der hohen Inflationsrate die höchsten Schauspielere: Sperrhölzchen 1,25 M., 2. Rang 1,75 M., 3. Rang 1,25 M., Abonnement 0,25 M. Ermäßigung. — Galerie 0,75 M. Der Vorverkauf in den Vorverkaufsstellen Zigarrengeschäft Ramme und Papierhandlung Schaffhäuser, Jernstr. 95, hat begonnen.

## Kreis Wernigerode.

Hfenburg, 21. Oktober. Partei und Reichsbanner hatten am Donnerstag um 20 Uhr im Sinnenhof eine Sitzung ab. Die sehr wichtige Tagesordnung wird in der Verammlung bekannt gegeben. Es wird erwartet, daß alle Parteimitglieder und Reichsbannermitglieder erscheinen.

Darlingtoner, 21. Oktober. Am Sonnabend erhielten unsere Leser in Darlington unsere Zeitung nicht zugestellt. Daran tragen die Ausruhrer keine Schuld. Die Geschäftsstelle unserer Zeitung, die sich in der Stadt befindet, hat die Zeitung nicht zugestellt, die den Fall zu klären und wird durch Verhandlungen mit Post und Bahn versuchen, ein ähnliches unangenehmes Vorkommnis auszuschließen.

## Aus Halberstadt.

**Billige Winterportreisen der republikanischen „Deutschen Winterportverbandes“.**

Der „Deutsche Winterportverband“, die Spitzenorganisation der republikanischen Winterportler, hat auch für dieses Jahr ein umfangreiches Sportprogramm vorgelegt. Der Verband hat, obwohl er erst in dem schneearmen Winter des Vorjahres gegründet wurde, einen großen Aufschwung genommen. Nach den erfolgreichen Winterportreisen des Vorjahres hat sich der Verband die Aufgabe gestellt, den Winterport zum Volkssport zu machen und auch den mandantentümlichen Schichten des Volkes durch billige Reisen Gegendereichte zu geben. Den Winterport in den deutschen Alpen und Hochgebirgen auszuüben. Zunächst beginnen in Berlin in den nächsten Wochen eine Anzahl Ski-Touristen, sowie Kurje für Sanität, alpinen Skiauf- und Seilseilanstalt des Schläfers. Das Sportprogramm beginnt mit dem Weihnachtssport. Vom 24. bis 28. Dezember wird eine Fahrt in den Harz unternommen mit Tanne, Holzberg, als Stauquartier. Diese Reise kostet mit den Fahrpreisen, Verpflegung und Logis 55 Mark. Vom 29. Dezember bis 4. Januar werden die Winterportler in die Gellertal Alpen unternommen. Diese Fahrt ist zu einer Fahrt, daß sowohl Anfänger, wie Fortgeschrittene und hochalpine Skifahrer Möglichkeiten zur Ausübung ihres Sportes haben. Ein Teil der Reiseteilnehmer hat sein Stauquartier in Dingling-Dornauerg und wird von dort Touren unternommen. Diese Reise kostet 165 Mark. Die Fortgeschrittenen haben ihr Stauquartier auf der 1900 Meter hochgelegenen Gellertalhöhe. Diese Reise kostet 125 Mark. Außerdem wird eine hochalpine Skifahrt von Hütte zu Hütte unternommen. Für diese Fahrt muß ein Preis von 145 Mark gerechnet werden. Bei allen Reisen sind außer den Fahrpreisen ab Berlin sämtliche Verpflegungs- und Logislosten eingeschrieben. Am 7. und 8. Februar wird in Frauenau ein Skischießfest in Thüringen das Verbandsportfest des Verbandes durchgeführt. Außer Langlaufturnieren werden auch Weitspringen im Schirmposten ausgetragen. In der Woche vor diesem Fest werden an gleichen Ort praktische Skisportkurse abgehalten. Der Verband hat dann noch eine Reise nach Normanneng gebt, die in das Gebiet der Bergebahnen führen soll und am 6. bis 23. März durchgeführt wird. Diese bewährte Reise mit Aufenthalten in Bergen Oslo und Kopenhagen kostet mit allen Unkosten für Fahrt, Verpflegung und Logis nur 205 Mark.

Möglichst im Deutschen Winterportverband können alle republikanischen Winterportler und Winterportler werden. Der Verband liefert für jedes seinen Verbandsmitgliedern angehörende Mitglied ein reich illustriertes „Zeitschrift“. Der „Deutsche Winterport“ kostenlos. Außerdem sind alle Mitglieder für den nächsten Beitrag verpflichtet. Ehrenmitglieder des Verbandes ist Reichsminister a. D. Carl Goerring. Verbandsaufnahmen sowie Meldungen zu den Winterportreisen nimmt die Geschäftsstelle des Verbandes in Berlin SW 65, Marktgrabenstraße 22 entgegen.

\* Das Fest der Silbernen Hochzeit feiern heute unser langjährigster Parteivorstand und Stadtrat Gen. Paul Wille und seine in der Arbeiterwohlfahrt unermüdet tätige Frau. Den Jubilären, denen von allen Seiten der Arbeiterbewegung zahlreiche Glückwünsche dargebracht wurden, auch unsere herzlichsten Glückwünsche.

\* Streik in Blankenburg. Anlässe der Lohnunterschieden mit den Leuten vom Kupfeln ist die ganze Belegschaft der Harzer Werke in den Streik getreten. Der Betriebsrat verhandelt 3. Zt. mit der Direktion.

\* Sängerkund. Der Männerchor trifft sich heute um 19 Uhr am Heineplatz. Alle Gesangslieder müssen zur Stelle sein.

\* Aufbruch des Spargelroßes. Am letzten 2. h. d. Wochen hat der Spargelroß in den Spargelbauzügen unserer Provinz so stark angegriffen, daß jetzt kaum noch ein Feld angegriffen wird, wo grüne Pflanzenteile austreten sind. Das natürliche Weidewesen gesunder Pflanzen erfolgt normalerweise erst im November. Durch das frühzeitige Weidewesen ist den Pflanzen das weitere Wachstum genommen; sie können sich für die nächstjährige Ernte nicht genügend erholen. Dadurch wird aber der Ertrag um ein wesentliches herabgedrückt. Im Interesse des gesamten Spargelroß zu verhindern, um etwas zur Bekämpfung dieser gefährlichen Krankheit beizutragen, lieber weitere Bekämpfungsmaßnahmen soll zu genehmer Zeit an dieser Stelle berichtet werden.

\* Warnung vor Beträgern. Im Kreise Wernigerode tauchten Anfangs dieses Monats zwei männliche Personen in Begleitung einer Frau auf, die angeblich aus dem Kreise Wernigerode stammten und sich als Bekämpfer der Landvolkbewegung zu rufen. Sie hielten Verfassungen ab und erzählten in diesen Verfassungen u. a., daß es nach einem angeblich neuen Reichsgesetz möglich sei, den Landwirten, die im Weltkrieg ihre älteren Söhne verloren haben, eine einmalige Entschädigung von 5—12 000 M. und eine monatliche Rente von 60 M. zu verschaffen. Zur Aufnahme der Anzeige erklärten sie sich bereit gegen Zahlung einer Kaufsumme von 20—20 M. Im die Landwirte, die ihnen vertrauten, in Sicherheit zu versetzen, abrieferten sie die Rentenurteile in ihrer Gegenwart an das Reichsfinanzamt und an das Reichsversicherungsamt in Berlin. Offenbar handelt es sich hier um gewerbsmäßige Betrüger. Nach Erhalt der von den Antragstellern zu zahlenden Entschädigung verabschieden sie, ohne wieder etwas von sich hören zu lassen. Die Bevölkerung wird auf dieses Vorkommnis aufmerksam gemacht und gebeten, beim Auftreten der genannten Personen der nächsten Polizei- oder Landgerichtsstelle Kenntnis zu geben.



schien 2 Mitglieder 3 Mark, 3 Mitglieder 2 Mark und Jugendliche unverändert 0,50 Mark. Dieses Wahlergebnis von 5:4 folgte dem Vorstand immerhin zu denken geben. Die wirtschaftliche Not einiger Vereine, wie einige Beispiele zeigten, macht tatsächlich die Abgabe derartiger Sätze unmöglich. Ohne weitere Konzeptionen in Ausnahmefällen wird es daher wohl kaum abgehen, will man nicht eine Krise in einer anderen Richtung heraufbeschwören.

g. \* Deutscher Metallarbeiter-Berband. Am Freitag, den 24. Oktober 1930, abends 8 Uhr, findet im Gewerkschaftshaus, großer Saal, eine Mitgliederversammlung statt. Die angespannte politische Lage und auch der überall beobachtete Lohnkampf erfordert aktive Beteiligung der gesamten Mitgliedschaft; jeder Betrieb muß vertreten sein. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

g. Diebstahlsfall. Am Sonntagabend wurde ein vor dem Lokal Schützenheim, WestschülerstraÙe, festgebendes Motorrad gestohlen. Da der Besitzer des Motorrades den Diebstahl sofort merkte, konnte die Polizei die Verfolgung des Diebes aufnehmen. Es ist schon gelang, den Dieb zu erwischen, entzieht sich aber dem Verhaftung.

g. Unglücksfall. Am Samstagabend, während des Wochenmarktes, passierte auf dem Markte, an der Seite von Krebs Zigarettenfabrik, ein Unglücksfall, der leicht schwere Folgen haben konnte. Das Auto eines Rechtsanwalts, das von einer Dame gefahren wurde, wollte einen Sandwagen überfahren. Dabei wurde ein Junge vom Auto gefaßt und beiseite geschleudert. Er trug Verletzungen im Gesicht davon.

g. \* Die Jungsozialisten treffen sich heute Dienstag abend im Jugendheim (Deisterhaus). Der Sprechchor muß schon um 19.30 Uhr da sein.

## Vermischtes.

Der überreife Filmstift. Während einer Filmaufnahme in Odlingen bei Dasing sollte der polnische Schauspieler Leszel Dworin in der Person eines preußischen Offiziers mit anderen in preußische Uniformen gekleideten Schülern ein altes Schloß führen. Die Reifigkeit des Schloßes, aus der Umhüllung herausgezogene Bayern, waren so von ihrer Rolle durchdrungen, daß einer von ihnen den Schauspieler Dworin derart mit einer Feingabel über den Kopf schlug, daß der Betroffene blutüberströmt und Bewußtlos zusammenbrach.

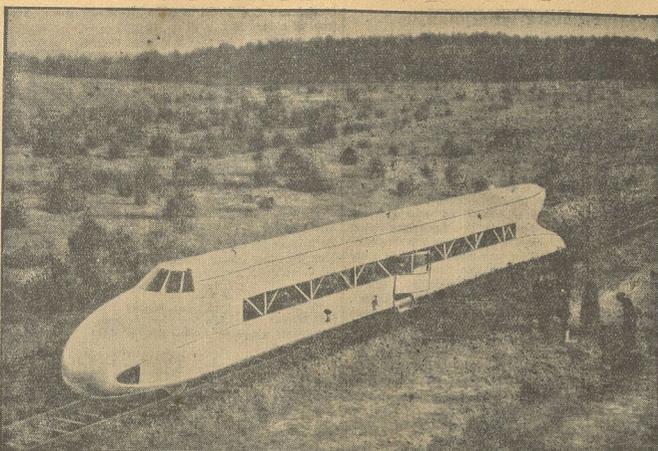
Todesprung zum Triumphbogen. Ein französischer Geschäftsfreier namens Paul Leoy beging Selbstmord, indem er sich von der oberen Plattform des Pariser Triumphbogens auf die Straße stürzte. Er war auf der Stelle tot.

Vater von 130 Kindern. Ein Pariser Reporter, der sich besonders für die Quantität des Nachwuchs in den kolonialen Ländern französischer Kolonien interessierte, stellte fest, daß es in Fort de France, der Hauptstadt der Insel Martinique, mehrere Negerväter mit 50 bis 60 Kindern — von verschiedenen Müttern — gibt. Die größte Karawane von Martinique sei jedoch ein alter Chinese, der nicht weniger als 130 Kinder sein Eigen nennt. Er habe sie sämtlich sorgsam erzogen und ein Handwerk lernen lassen. Die meisten der Kinder wußten nicht, wer ihre Mutter sei — die Frage interessierte sie aber auch nicht sonderlich. „Ich bin ein Vater“, sagte der jetzt 70jährige Erzeuger der 130 Kinder zu dem Zeitungsmann, „aber kein Gatte“. Der kaiserliche Vater ist immer noch — Junggeheile.

Vergiftung einer Familie. Nach einem in seiner Zusammenfassung offenbar nicht ganz einwandfreien Mitteilungsbericht in Rotterdam am 50jährigen Mann, seine zwei Söhne von 24 und 21 Jahren und seine beiden Töchter im Alter von 19 und 16 Jahren. Der Vater verstarb bald nach der Einlieferung ins Krankenhaus, eines der Kinder liegt im Sterben, der Zustand der anderen ist bedenklich.

£1 Millionen Fische! In Dartmouth (England) feierten zum Jahresanfang 200 Fischebesitzer mit einem Beifangfang von circa £1 Millionen Fischen jubelnd! Eines der Boote hatte allein einen Fang im Werte von circa 480 Pfund (9600 Mark) gemacht. Diese Fische dürften eine Rekordzahl darstellen.

200 000 Mark unterschlagen. In Hamburg wurde der bei einer dortigen Exportfirma beschäftigte Vertreter Höfert über dem hängenden Bescheid, Unterschlagungen in Höhe von 200 000 Mark begangen zu haben, verurteilt. Höfert soll für seine Firma bestimmte Geldbeträge persönlich vereinnahmt und nicht an seine Auftraggeber weiter geleitet haben.



Die sensationelle Fahrt des neuen Schienen-Zepplins auf der Strecke Burgwedel—Celle bei Hannover.

Eine heislose Mutter. In dem französischen Ort St. Magaire starb dem Ehepaar Soutin ein drei Monate altes Kind. Der Arzt des Ortes stellte bei der Untersuchung der Todesursache fest, daß das Kind buchstäblich verhungert war. Das Ehepaar wurde daraufhin verhaftet. Auf der Polizei gab die Mutter ihre Tat zu und erklärte, daß ihre handlungsweise niemandem etwas angehe.

Diamond-Krankenhaus als Fehlgang. Das New Yorker Krankenhaus, in dem zurzeit der schwerverletzte Unterweltkönig und Alkoholschmuggler Jack Diamond liegt, wird von der New Yorker Polizei wie eine Fehlgang bemerkt. Der Anwalt einer Unterweltin, in dem es heißt, das ganze Krankenhaus fliegt nichts in die Luft, wenn Jack nicht weggeschafft wird, wird von der Polizei ernst genommen.

Die Polizei fürchtet in der Tat, daß die Rivalen Diamonds, für den Fall, daß dieser geheilt wird, ihren Gegner auf dem Krankenbett töten und möglicherweise sogar eine Bombe in das Hospital schleudern wollen. Die Außenminister des Diamondischen Krankenzimmers und die der Nachbarzimmer sind mit Drahtseilen geschnürt. Die Tür wird von 15 schwerbewaffneten Polizisten bewacht; aber auch vor dem Hause selbst patrouillieren schwerbewaffnete Wachen. Schließlich haben sich auch eine Anzahl Detektive auf dem dem Krankenzimmer gegenüberliegenden Hausbühnen postiert. Diamond erklärt, daß er die Unterwelt, die ihm nachstellen, persönlich nicht kenne, aber daß er sie auch nicht nennen würde, wenn sie ihm bekannt wären. Nach wie vor vermutet die Polizei Al Capone als Inspirator des Mordanschlags. Aber sichere Beweise hat sie trotz der genauesten Kenntnis des Gangsterlebens von New York für diese Vermutung nicht. Es wird auch behauptet, daß Diamond 50 000 Dollar unterschlagen haben soll. Das Geld soll ihm seine Bande für den Zweck des Schutzes einer heimlichen Brauerei vor einer Prohibitionsrazzia gegeben haben. In den New Yorker Blättern ist auch zu lesen, daß in der Nacht, in der es zu dem Revolverattentat auf Diamond kam, ein wichtiges Wüstingeloge bei dem jungen blonden Newiegert, das Diamond an Al Capone verraten haben soll, stattfand. Aber das New Yorker Belpopulismus will genaue Einzelheiten wissen, und da man damit naturgemäß nicht dienen kann, werden die Spalten der Blätter mit Unterweltens von Newiegerts gefüllt, die sich sachmännisch darüber äußern müssen, wie sie es mit der Webe zu haben aus der Unterwelt hatten.

Der „Klub des gefürchteten Dolches“. Die Pariser Polizei nahm eine immerhin nicht alltägliche Räuberbande fest, deren 10 bis 12 Jahre alte Mitglieder, die sich unter der Firma „Klub des gefürchteten Dolches“ zusammen geschlossen hatten, seit längerer Zeit die Montmartregegend unsicher machten. Nachdem sich die Eltern sämtlicher Freischützen bereit erklärt hatten, für den Schaden aufzukommen, dem die Herren Söhne angerichtet hatten, wurden die hoffungslosen Burken nach einer trübseligen Szene und nach der Abgabe heißer Besserungs-Versprechungen wieder freigeschlagen.

## Vorkämpferin des Friedens.



Jane Addams (Amerika).

Die große Präsidentin und Mitbegründerin der Frauenliga für Frieden und Freiheit und Pionierin sozialer Tätigkeit in Amerika, ist als Kandidatin für den Friedens-Nobelpreis vorgeschlagen worden.

# Millionen Hausfrauen kaufen MAGGI-Suppen, weil sie wissen, daß sie gut sind.



Achten Sie beim Einkauf auf den Namen MAGGI und die typische gelb-rote Packung.

## Wir suchen einen gebrauchten Geldschrank

mit Brenn- und schmelzweiser Tür und Halbpangierung zu kaufen. Gest. Offerten mit Größenangabe und Preis unter F. 649 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung erbeten.

## Heute frisch geschlachtet

Empfehle: Stöckfleisch, Gehacktes, Leber- und Mattwurk, Fett - Grieben, Knochenfleisch. W. Palm, Schußstraße 11, Telefon 1394.

## Achtung! Achtung! Auktionshalle Wilhelmstr. 7

Die wirklich größten Erfolge erzielen Sie bei Versteigerung Ihrer Sachen nur in der Auktionshalle Wilhelmstr. 7, bei gesamten Nachlässen Versteigerung an Ort u. Stelle. Eigene Anstellungsräume, 800 qm. Auktions-, Taxieren über Zeit, laufende Versteigerung.

Wann am besten: Gartenweg 9, Wilhelmstr. 7. Wilhelm Dannenberg, Versteigerer und Sachverständiger, Halberstadt, Gartenweg 9, Telefon 1450.

Moderne  
**Drucksachen**  
ein- und mehrfarbig,  
liefer schnell, sauber  
und preiswert die  
Buchdruckerei  
**Halberstädter Tageblatt**  
Domplatz 48

Reparaturen  
Neuanfertigungen  
Patent-Matrasen  
Carl Bielefeld, Wörpelerstr. 3,  
Fernruf 2801.

Alleen-Reparaturen  
schnell, sauber, billig  
Gustav Kellner,  
Ulmader.

Blumenzwiebeln  
in bester Ware, alle Sorten und Farben, Hyazinthen,  
Tulpen, Narzissen und Strohblume zu niedrigen Preisen.  
W. Bürger, Gartenbaubetrieb,  
Am Kloster 7-9, Stadtgäßchen 12  
Fernruf 2619. (Eingang Hoheweg).

Eine Sensation auf dem Büchermarkt!  
Einer der bedeutendsten Romane von Jacob Wassermann:  
„Das Gänsemännchen“  
Zum Preise von 2.85 Mark in Ganzleinen  
(Führer Preis 10.— RM.)  
Buchhandlung  
„Halberstädter Tageblatt“

# Halberstädter Volksstimme

(Halberstädter Tageblatt)

Organ der Sozialdemokratischen Partei für den Stadt- und Landkreis Wernigerode  
Publikationsorgan der freien Gewerkschaften

**Wochenpreis** halbmönatlich 1 Mark einschließlich Bringegebühren, bei Selbstabholung 30 Pfennig. Einjährig halbjährlich 12 Mark und zwar 6 Mark und zwar 6 Mark und zwar 6 Mark. Bestellungen werden in der Geschäftsstelle, von unseren Boten und Agenturen entgegen genommen. Redaktion: Halberstadt, Domplatz 45. Fernruf 2314. Verlag: Halberstädter Tageblatt, Raul Weber, G. m. b. H. Verantwortl. für Inhalt: Dr. Wilhelm Rindermann, für den lokalen Teil Wilhelm Rindermann, für den Namen u. Inhaber Karl Zeffl, sämtl. in Halberstadt.

**Anzeigenpreis** die achtspaltige Zeile oder deren Raum für Anzeigen aus Stadt- und Landkreis Wernigerode 15 Pfennig, auswärts 20 Pfennig, außerhalb 40 Pfennig, außerhalb 50 Pfennig. Abgebend ist der bei Zahlung vorliegende letzte Kurs. Für die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und an bestimmten Stellen kann eine Gebühr nicht übernommen werden. Anzeigenannahme in der Geschäftsstelle Halberstadt, Domplatz 45 (Fernruf Nr. 2313), Postfachnummer 4626 und Postfachsendung (Steigerwald) Wernigerode, Burgstraße 30.

Nr. 7

Dienstag, den 21. Oktober 1930

Abendblatt

## Unsere Taktik.

Warum die Sozialdemokratie im Reichstage so und nicht anders abstimmte.

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion schreibt uns:

Die sozialdemokratische Fraktion des neuen Reichstages hatte in ihrer Sitzung vom 3. Oktober 1930 die Richtlinien für ihre politische Arbeit formuliert. Es wurde darin festgelegt, daß die Demokratie von allen sozial-reaktionären Streikern bedroht ist, die die Wirtschaftspolitik zum Abbau der Sozialpolitik und zur Senting der Wähner ausbeuten wollen. Die Demokratie ist aber auch bedroht durch die feindselige Bewegung der Nationalsozialisten und durch die Kommunistische Partei, die selbst in dieser gegenrevolutionären Situation die Arbeiterklasse spaltet und den Kampf gegen die Sozialreaktion und Faschismus erschwert. Die Sozialdemokratie kämpft für die Demokratie, um die Sozialpolitik zu schützen und die Lebenshaltung der Arbeiterklasse zu heben. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion, so wird in der Entschließung betont, ist

„entschlossen, die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Interessen der Arbeiterklasse mit größter Energie zu verteidigen, wird auf dem Wege der ordentlichen Gesetzgebung die Befreiung der für die breiten Massen des Volkes unerträglichen Bestimmungen der Notverordnung fordern und ermahnt von allen Arbeiterorganisationen härteste Aktion für die schärfere Verlesung der Bestimmungen der Notverordnung, ihren Kampf außerhalb des Parlamentes mit allen geeigneten Mitteln zu unterstützen.“

Mit dieser Entschließung hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion zum Ausdruck gebracht, daß sie sich das Recht des Mandats nicht von den Gegnern der arbeitenden Klassen vorzueben läßt, sondern den Weg zu gehen entschlossen ist, den das Interesse des werktätigen Volkes erfordert. Sie hat durch die Annahme des Schuldenentlastungsgesetzes die Aufnahme eines Staatsanleihecredits von 500 Millionen Mark ermöglicht und damit die Auszahlung der sozialen Unterfertigungen der Beamtengehälter und der Arbeiterlöhne gesichert. Sie hat der Lebenshaltung der in der reichstagslosen Zeit erlassenen Notverordnungen zur Beratung im Haushaltsauschuß zugestimmt. Sie hat die Entlassungen der Regierung über ihr Programm zur Kenntnis genommen und ist über die von Nationalsozialisten, Kommunisten, Deutschnationalen und Landvolkbündlern eingeleiteten Mißtrauensanträge gegen die Regierung Brünning oder einzelne Minister dieser Regierung zur Tagesordnung übergegangen. Die Fraktion hat sich bei dieser tätigen Stellungnahme die keine Vertrauensunterbrechung für die Regierung in sich schließt, von folgenden Erwägungen leiten lassen:

### Die Mehrheitsverhältnisse im neuen Reichstag.

Die Wahl vom 14. September hat die Mehrheitsverhältnisse im Reichstag vollkommen verändert. Am alten Reichstag hatte die sozialdemokratische Fraktion 152 Mandate bei einer Gesamtzahl von 491 Mandaten. Sie bildete also fast ein Drittel des Reichstages. 21 Monate lang regierte die „große Koalition“, die mit rund 300 Mandaten eine sichere Mehrheit hinter sich hatte. Die Sozialdemokratie war allerdings auch im Kabinett der „großen Koalition“ in der Minderheit gegenüber den bürgerlichen Parteien. Am neuen Reichstag besteht diese Koalitionsmöglichkeit nicht mehr. Die sozialdemokratische Fraktion bildet jetzt nur ein Viertel des Parlaments. Nationalsozialisten, Kommunisten und Deutschnationale, die an Stelle der demokratischen Verfassung irgend eine Diktatur setzen wollen, stellen allein 225 unter 577 Abgeordneten; zu ihnen muß man aber noch mehrere kleinere Reichstagsgruppen zählen, deren Verfassungstreue außer Zweifel steht.

Eine sozialdemokratische Minderheitsregierung scheidet von vornherein aus jeder Diskussion aus. Aber auch das Kabinett Brünning hat keine Mehrheit in diesem Reichstag. Es kann jeden Tag gestürzt werden. Die Frage ist also nicht, ob das gegenwärtige amtierende Kabinett, sondern wann es gestürzt werden soll. Für die Sozialdemokratie ergibt sich aus Antwort auf diese Frage, daß die Zustimmung zum dem Antrag, über die von den verfassungseindlichen Parteien gestellten Mißtrauensanträge zur Tagesordnung überzugehen, keine Vertrauensunterbrechung für das Kabinett Brünning bedeutet.

### Nach einem sofortigen Sturz des Kabinetts Brünning.

Wenn mit Hilfe der sozialdemokratischen Fraktion die Mißtrauensanträge gegen das Kabinett Brünning angenommen worden wären, so hätten sich folgende politische Möglichkeiten ergeben:

1. Rücktritt des Reichspräsidenten Brüning. Es ergäbe sich dem Reichspräsidenten Hindenburg die Wahlmöglichkeit zur Wiederernennung der Regierungsgeschäfte. Da dieses geschäftsführende Kabinett keine parlamentarische Mehrheit für seine Maßnahmen findet und eine erneute Auflösung von keiner Seite befehle wird, weil sie so bald nach der letzten Wahl noch keine Verbesserung verspricht, so müßte es gegen

den Reichstag regieren. Das bedeutet, daß sich eine solche Regierung nur unter Ausschaltung des Reichstages im Amt halten könnte. Der Diktatur-Artikel 48 der Reichsverfassung würde dann dauernd auf alle Gebiete des wirtschaftlichen, sozialpolitischen und staatsbürgerlichen Lebens angewendet werden. Nicht nur der Reichstag, sondern auch jeder einzelne Staatsbürger würde seine durch die Verfassung garantierten Rechte verlieren. Wenn sie wiederhergestellt werden könnten, ist ganz ungewiß.

2. An die Stelle des Kabinetts Brüning tritt ein vom Reichspräsidenten ernanntes Beamtenkabinett, das gleichfalls nur mit Hilfe des Diktatur-Artikels regieren könnte. Die Folgen für das Volk wären die gleichen, wie sie oben aufgezählt worden sind.

3. Auftrag an den deutschnationalen Parteiführer Jüngerberg zur Bildung einer Reichsregierung mit Einfluß der Nationalsozialisten. Diese Regierung wäre nur eine verschleierte Hitler-Regierung. Da auch die Reichs-parteien keine parlamentarische Mehrheit haben, könnte sich eine solche Regierung nur halten, wenn sie vom Zentrum toleriert wird. Die Nationalsozialisten wollen aber gar nicht parlamentarisch regieren. Sie wollen sich aller Machtmittel des Reiches bemächtigen, vor allem die Reichswehr und die Polizei unter ihr Kommando stellen und die maßgebenden Beamtenstellungen mit ihren Anhängern besetzen.

Eine verschleierte oder gar unverschleierte Hitler-Regierung hat die vollständige Ausschaltung des Reichstages und darüber hinaus die Zerstückelung aller demokratischen Rechte des Volkes zum Ziel.

## Fünf Tage Reichstag.

Von Paul Löbe

Als am Morgen des 15. September die Resultate der Wahlen in ihren wichtigsten Umfassen bekannt waren, überzog bei den politisch Urteilenden im Lande der Eindruck: Dieser Reichstag wird überhaupt nicht zu ordnungsmäßiger Arbeit kommen, sondern für die Dauer verhandlungsunfähig sein. Zwei starke Fraktionen, die das Parlament selbst betrafen und verächtlich machen wollten in seinem eigenen Schoße, dazu weitere Parteigruppen, die dieses Spiel mit unerbittlicher Freude betrachteten, ja begünstigten, — das Todesurteil ist gesprochen: auch dieser Reichstag zu seiner ersten Sitzung zusammentritt! Selbst die Optimisten trösteten sich nur mit dem Spruch, daß es „ganz so schlimm“ nicht werden würde. Es ist nicht ganz so schlimm geworden, aber gerade schlimm genug. Die Arbeit des Reichstages konnte nicht aufgenommen werden, aber sie wurde unter äußeren Umständen und Szenen verrichtet, die nichts weniger als „Wieder“ gestehen, um einen Ausdruck des Herrn Reichspräsidenten beim Empfang des Reichstages zu gebrauchen. Wandmalern müßte es wirklich so weit zu sein, daß die Verhandlungen unter der Hut unparlamentarischer Kundgebungen unterbrochen werden müßten.

Schon die Umstellung des Parlamentsgebäudes mit starkem Polizeischutz war eine ebenso ungewöhnliche, wie unerwünschte, aber leider notwendige Vorkehrungsmaßnahme. Sie hing zusammen mit dem ihm voraus angefügten Uniformmarsch der Nationalsozialisten, der damals feierliche, aber sympatischer der Braunhemden in großer Zahl herangeführt wurde, die durch laute Kundgebungen die Polizei zum Einschreiten zwangen. Oder hätte diese warten sollen, bis auch im Hause der Volksvertretung die Scheiben eingeschlagen werden? Aus der Mitte des Reichstages ist sofort nach meiner Wahl die Frage an mich gestellt worden, ob das Geschehen in Uniform marschieren werden sollte. Sie wird in den kommenden Wochen gelöst werden müssen. Aber es ist kein Zweifel, daß diese Uniformierung im höchsten Grade unerwünscht ist. Sie teilt schon im voraus das Parlament in feindselige Armeestager, und das muß unvertretbar werden, wenn das Beispiel von anderen Gruppen nachgeahmt wird.

Der Sinn der Parlamentsarbeit ist es doch schließlich, in erster Linie Gründe gegen Gründe, Vorschläge gegen Vorschläge, Aussagen gegen Aussagen zu setzen, sie vor dem Hause darzulegen und dann Entscheidungen zu fällen. Schon die äußerlich sichtbare Abgrenzung erschwert es, sie läßt mindestens den Anschein zu, daß der eine Teil bald hier bald drüben verliert: Was will Gründe gar nicht hören, ist hin fertig, ehe der Gegenpart beginnt. Ganz abgesehen von der gesteigerten Gefahr der Zusammenstoße, die sich aus solchen ununiformierten Gruppen im Hause des Reichstages ergeben. Die eigentliche parlamentarische Auseinandersetzung wird aber auch durch den Umfang, den Zursitzen und Demonstrationen während der Debatte erreicht haben, außer überflüssig gefördert. Das minutenlange Hindernis, früher nicht üblich, die Sprechstühle, die malten, ist ein Schicksal und organisierter Störungen, ganz gleich von welcher Seite sie kommen, sind mit dem Reichstag der freien Ausprägung nicht vereinbar, sie hindern den Redner, geordnete Gehörtsengänge vorzutragen.

Störungen dieser Art wurden im vergangenen Reichstage zuerst von den Kommunisten geübt, die ja auch das Uniformtragen

Die Folge einer Jüngerberg-Hitler-Regierung wäre nicht etwa eine Entfaltung der nationalsozialistischen Demagogie und auch nicht die Zerstückelung der Nationalsozialistischen Partei. Eine Hitler-Regierung würde sich die Wiederholung des italienischen Beispiels zum Ziel setzen, also zur Zerstörung aller Organisationen der Arbeiterklasse, darunter militärischer Wehrverbände, Aufhebung aller Presse, Versammlungs- und sonstigen politischen Freiheiten, ständiges Gefährden des Bürgerkrieges im Innern und des Revolutionskrieges nach außen. Damit wäre auch der wirtschaftliche Zusammenbruch Deutschlands und das Ende einer selbständigen deutschen Nation verbunden, mit all seinen furchtbaren Folgen für das arbeitende Volk.

### Die Wirkung auf Preußen.

Wenn die sozialdemokratische Fraktion im gegenwärtigen Reichstag den Nationalsozialisten und den Kommunisten geboten hätte, das Kabinett Brüning zu befehligen, so hätte die sozialdemokratische Fraktion eine reaktionäre Beamten- oder eine Hitler-Regierung zu setzen, so hätte das den sofortigen Zusammenbruch der Preußenkonstitution nach sich gezogen. An Preußen, dem größten der deutschen Länder, sind die Leiter des Ministerpräsidenten, des Innenministers und des Kultusministers mit Sozialdemokraten besetzt. Schon wiederholt konnte der Anstoß der Reaktion auf die republikanisch-demokratische Verfassung des Reiches nur durch die feste Haltung der Regierung in Preußen abgewehrt werden. Das müssen die Nationalsozialisten recht gut und deshalb fordern sie nicht nur ihren Anteil an der Regierung

hier und da vereinzelt eingeführt haben. Kommunistische Redner triffen in ähnlicher Weise andere Parteien an, oft über die Grenze des parlamentarischen Erlaubten, setzen aber sofort mit Sturmgeschritten ein, wenn einer der Angegriffenen antworten wollte, so daß schon deshalb oft auf die Antwort verzichtet wurde. Was demnach eine vereinzelt geäußerte Meinung war, droht jetzt regelmäßig wiederzufallen und richtet sich bei der letzten Sitzung des Reichstages gerade gegen diejenigen, die es früher allein ausübten. Der erste Sturm richtete sich gegen Herrn Dr. Fried, als er in der 2. Sitzung des Reichstages bei der Rede über die Reichstagsreform



hinter sich hatte. Die Arbeiterklasse hätte die politische Arbeit nicht mehr unterbrochen, sondern hätte die Arbeit des Reichstages fortgesetzt. Die Arbeiterklasse hätte die politische Arbeit nicht mehr unterbrochen, sondern hätte die Arbeit des Reichstages fortgesetzt. Die Arbeiterklasse hätte die politische Arbeit nicht mehr unterbrochen, sondern hätte die Arbeit des Reichstages fortgesetzt.

Herr Straßer sprach in der letzten Reichstagsberatung die unbegründete Behauptung aus, der Reichstag werde nicht am 3. Dezember, er werde überhaupt nicht mehr zusammenkommen. Die folgenden Behauptungen liegen keine Veranlassung vor. Solange der Reichstag nicht selbst unterläßt, wird er zusammenkommen, wird er seine Rechte wahren, wird er seine Rechte wahren können. Dafür zu sorgen ist meine Aufgabe und Pflicht. Eine andere Entwidlung könnten die Dinge nur nehmen, wenn diejenigen die Volksvertretung zur Arbeit unfähig machen, die am lauesten von den Werten des Volkes reden. Ich meine, daß die Mehrheit stark genug und gewillt ist, das zu verhindern, was sie in den ersten fünf Tagen dieses Reichstages verhindert hat.